Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 49. Donnerstag, den 27. Februar 1908. 15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Arbeitskammern.

II.

(Schluß.)

Die Halbheit des Entwurfs zeigt sich nicht nur in dem Ausscheiden der Handelsangestellten aus der Vertretung, sondern auch in der Begrenzung für die Fabrikbetriebe. Die Begründung des Entwurfs besagt zwar, für das Handwerk bestehe im Gesellenausschuß der Handwerkskammer schon eine Arbeitervertretung. Diese hat aber viel zu begrenzte Befugnisse, sie wird nicht ständig zu den Sitzungen der Handwerkskammer geladen, sondern nur dann, wenn über Herbergswesen, Arbeitsnachweis, Vorschriften über Lehrlingswesen oder Angelegenheiten, die die Verhältnisse der Gesellen und Lehrlinge berühren, beraten wird. Auf Grund dieser Bestimmungen sind die Gesellenausschüsse bei Beratung handelspolitischer, ja sogar auch wichtiger sozialpolitischer Fragen ausgeschieden worden. Die Arbeiter werden auf die Gesellenausschüsse sehr leicht verzichten können, wenn in einer Arbeiterkammer ihre Vertretung organisiert wird. Industrie und Handwerk müssen wir zusammenfassen, da jeder Wechsel der Arbeitsstätte den Vertreter der Arbeiter aus der Arbeitskammer hinauswerfen kann, wenn er im Handwerksbetriebe die Arbeit aufnimmt. Eine so schwankende Grundlage der Vertretung muß die Korporation zur Schwäche in der Ausführung ihrer Aufgaben verdammen. Wenn man die Grenze zwischen Handwerks- und Fabrikbetrieb ziehen will, dann müßte man doch auch die Arbeitervertreter bei den Berufsgenossenschaften als Wähler ausscheiden, die in Handwerksbetrieben tätig sind. Denn nicht alle Berufsgenossenschaften entbinden das Handwerk von der Versicherungspflicht; es gibt vielmehr eine Anzahl von Handwerksbetrieben, die der Versicherungspflicht unterliegen. Wie steht es hier nun mit den Unternehmern, dürfen nur solche aus Fabrikbetrieben gewählt werden? Neben den Handwerksbetrieben sollen die Werkstätten der Eisenbahner und der Heeresverwaltung ausscheiden. Eine Begründung dafür ist nicht gegeben; daß die Arbeiter dieser Staatswerkstätten mindere Rechte genießen sollen, legt ein schlechtes Zeugnis für die sozialpolitische Einsicht der Regierung ab.

Entsprechend der Unklarheit im Aufbau der Organisation sind auch die Aufgaben allgemein und unbestimmt gehalten. Die Arbeitskammern sollen ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeiführen. Dazu werden sie den nötigen Einfluß vermissen lassen. Sie sollen die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung des wirtschaftlichen Friedens und die Interessen der Arbeiter durch Mitteilungen und Gutachten unterstützen. Das klingt sehr schön, wird aber, da in solchen Fällen auch die Unternehmer zustimmen müssen, im günstigsten Falle zu einer mäßigen zurückhaltenden Kundgebung für die berechtigten Arbeiteransprüche führen, wenn nicht in das Gegenteil umschlagen. Denn es wird den Unternehmern bei der abhängigen Stellung des Arbeiters leicht gelingen, einige Stimmen aus Arbeiterkreisen für ihre Auffassung zu gewinnen; und solche Urteile hießen dann Gutachten der Arbeitskammer, während sie in Wirklichkeit nur die Ansicht der Unternehmer wiedergäben. Die Arbeitskammern können bei Verordnungen, die auf Grund der Gewerbeordnung erlassen werden, gehört werden. In solchen Fällen wird wohl die Stimmung der Arbeiter auch künftig außerhalb dieser Korporationen klarer zum Ausdruck kommen. Wichtiger ist die Befugnis, Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu veranstalten. Hier könnte bei gemeinsamem Vorgehen sehr wichtiges sozialpolitisches Material geschaffen werden. Aber für ein gemeinsames Vorgehen fehlt die Organisation, die Zersplitterung der Kräfte ist mit Bedacht durchgeführt.

Eine andre Aufgabe besteht in folgendem:

> Die Arbeitskammern können Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zwecke haben, anregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitwirken.

Als solche Veranstaltungen kommen nach den Motiven in Betracht: die Errichtung von Arbeitsnachweisen, von Rechtsauskunftsstellen, Versicherungskassen gegen Arbeitslosigkeit und sonstige Hilfskassen, von Arbeiterzügen, die Errichtung von Arbeiterwohnungen, die grundsätzliche Regelung der Arbeitsbedingungen, wie diejenigen der Lohnzahlungstage, der Akkordarbeit, der Arbeit am Sonnabendnachmittag, der Gewährung von Urlaub und dergleichen mehr. Soweit hier gewerkschaftliche Aufgaben berührt sind, wird die Anregung nicht nötig sein — denn die Arbeiter haben Gelegenheit, in ihren Organisationen diese Aufgaben praktisch zu fördern —, wohl aber könnte die Arbeitskammer fordern, daß Hindernisse, die diesen Bestrebungen seitens der Behörden in den Weg gelegt werden, beseitigt werden. Dabei darf wohl angenommen werden — was in dem Gesetzentwurf nicht klar zum Ausdruck kommt —, daß die Organisation der gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen nicht Aufgabe der Arbeitskammern ist; andernfalls müßten diese Bestrebungen sehr entschieden bekämpft werden, denn es fehlte nur noch, daß vielleicht die gelben Gewerkschaften in den Arbeitskammern ihren Beschützer sehen. Ebensowenig scheint uns die Gründung oder Pflege von Wohlfahrtseinrichtungen Aufgabe der Arbeitskammern zu sein, wohl aber unter anderm die Regelung des Arbeitsnachweises und des Herbergswesens, die Beaufsichtigung der Lehrlingsausbildung und die Wahl von Arbeiterkontrolleuren für die Prüfung der Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen.

Bei Streiks soll die Arbeitskammer wie das Gewerbegericht als Einigungsamt fungieren können. Da die Arbeitskammern sich nach dem Entwurf über sehr große Bezirke ausdehnen, so wird ihre Tätigkeit als Einigungsamt nicht oft in Anspruch genommen werden. Es ist daher nicht allzu erfreulich, daß neben dem Gewerbegericht auch die Arbeitskammer als Einigungsamt tätig sein kann. Einige Gewerbegerichte haben gerade in dieser Beziehung ausgezeichnete Resultate aufzuweisen, so daß ihre Zurücksetzung keineswegs im Interesse der Arbeiter liegen würde. Da die Gewerbegerichte auch an allen größeren Industrieorten ihren Sitz haben, können sie auch viel leichter bei partiellen Streiks eingreifen; ihrer Zusammenberufung stehen nicht dieselben Schwierigkeiten entgegen, wie der Arbeitskammer, deren Mitglieder im ganzen Bezirk zerstreut wohnen.

Die Kosten der Arbeitskammer sollen von den Berufsgenossenschaften getragen werden. Mit dieser nicht gerade glücklichen Lösung werden sich wohl weder die Berufsgenossenschaften noch die Arbeiter befreunden können. Die Aufgaben der Berufsgenossenschaften liegen auf anderm Gebiete. Auch würden wohl die Arbeitskammern als Kostgänger der Berufsgenossenschaften sehr kurz gehalten werden; vielleicht deshalb gerade die freundliche Zuweisung an die Berufsgenossenschaften.

Eine Anzahl Bestimmungen, die sonst noch die Kritik herausfordern, sind von geringerer Bedeutung und können hier übergangen werden. Nur eine Unvollkommenheit des Entwurfs sei noch hervorgehoben: es fehlt nämlich völlig an einer zusammenfassenden Organisation der Arbeitskammern, und vor allem an einem Reichsarbeitsamt, dem die sozialpolitischen Aufgaben überwiesen werden, eine Organisation, wie sie in dem Antrag der sozialdemokratischen Partei vorgesehen ist. Der Gesetzentwurf ist schlechter, als man ihn mit Rücksicht auf die Stellung der Regierung erwarten durfte. Ihr Schöpfer hat sich in ihr erfolgreich bemüht, den Einfluß der Arbeiter auf ein Minimum herabzudrücken. Für uns kann eine Arbeitervertretung nur dann Wert haben, wenn sich in ihr wirklich und nicht nur scheinbar die Anschauungen und Forderungen der Arbeiter widerspiegeln. Das aber ist in einer Arbeitskammer, wie sie dieser Entwurf vorsieht, unmöglich.

Politische Rundschau

Deutschland.

Im Reichstag

wurde am Mittwoch zunächst der Justizetat erledigt. Beim Kapitel „Reichsgericht" wies Genosse Stadthagen nach, daß die sogenannte Unabhängigkeit der Richter auf dem Papiere sich entschieden besser ausmacht, als in der Wirklichkeit. So lange die Beförderung der Richter in der Hand der Verwaltung liegt, wird die Rechtspflege stets politischen Einflüssen unterliegen. Der Fall Liebknecht beweist das mit einer Sprache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. — Es folgten Wahlprüfungen. Im Meiningischen Kreise Sonneberg ist der freisinnige Blockbruder Enders mit einer winzigen Mehrheit gewählt worden, zu deren Erzielung eine Reihe Ortsschulzen in ihrer Amtseigenschaft dem Hottentottenkartell zu Hilfe geeilt sind. Bisher hat dieser Umstand genügt, um den Reichstag zur Kassierung der betreffenden Wahl zu veranlassen. So wurde einstmals die Wahl des Landrats Hollenffer in Löwenberg kassiert, wodurch Herrn Kopsch der Einzug ins Parlament eröffnet wurde. Inzwischen aber hat der Freisinn umgelernt und Herr Mugdan am Block das Messer gewetzt, mit dem er abschnitt, was etwa noch übrig ist vom Rest freisinniger Männlichkeit. Schulter an Schulter mit Herrn Raab und Herrn v. Oertzen focht Arendts Mitchrist und Liebermanns Ordensbruder Mugdan und der von einem konservativen Redner freigebig in Ermangelung des Ordensbandes mit einem Doktordiplom geschmückte Rektor Kopsch für die Gültigkeitserklärung der Sonneberger Wahl. Die Genossen Fischer-Berlin und Geyer rieben dem Freisinn seinen Prinzipienverrat mit dem gehörigen Nachdruck unter die Nase. Aber der Freisinn ist abgebrüht, wie Herr Mugdan selbst zugestand. Der Vertreter, den die mugdanesische Hilfsschar des Junkertums im Präsidium hat, der blamierte Ordnungsrufer Kaempf ist seiner Fraktion würdig. Unter dem Vorgeben der Taubheit vereitelte er eine namentliche Abstimmung und so wurde denn der Kommissionsantrag auf Beweiserhebung über eine Wahl angenommen, die nach einer 30jährigen Praxis schlankweg hätte kassiert werden müssen. Es hieße die Blockgesellschaft falsch einschätzen, wollte man den geringsten Zweifel hegen, daß die Beweiserhebung nur das Vorspiel zur Gültigkeitserklärung sein wird. Der Freisinn, vom Fürsten Bülow mit Fußtritten heimgeschickt, als er schüchtern freisinnige Grundsätze zu vertreten suchte, hat eine Anweisung auf amtliche Wahlbeeinflussung zu seinen Gunsten erhalten, wo immer er dem Ordnungsbrei einen Kandidaten liefert. Wie Abraham den Isaak, hat der Freisinn unter Mugdans Führung den letzten Rest seiner Prinzipien auf dem Blockaltar geopfert, und Herr Raab, der Judenschmorer, ist so gerührt über diese Opfer, daß er sozialdemokratische Abgeordnete wegen harmloser Witze dem Zentralverband jüdischer Mitbürger als Antisemiten denunziert. — Am Donnerstag steht der kleine Befähigungsnachweis und die Vorlage über die Herstellung von Zigarren in der Heimindustrie zur Beratung.

Es ist alles gut, so wie es ist.

Das ist wenigstens die Meinung der ostpreußischen Junker. Der ostpreußische konservative Verein beschäftigte sich auf seiner Jahresversammlung mit den brennenden Fragen der Politik, über die Landtagsabgeordneter Regierungsrat Stackmann einen Vortrag hielt. In bezug auf die Blockpolitik wies er auf das entschiedenste jeden Versuch zurück, die Blockpolitik des Reichstages dazu zu benutzen, um durch sie irgendwie Einfluß auf Preußen zu gewinnen. Mit gutem Gewissen könnten die Konservativen für eine ergiebigere Erschließung der indirekten Steuerquellen im Reich eintreten, ohne dadurch die breiten Massen irgendwie nennenswert zu bedrücken. Für direkte Reichssteuern dagegen seien sie nicht zu haben. Hinsichtlich der Wahlrechtsfrage halte die konservative Partei an dem bisherigen Dreiklassenwahlrecht, an der öffentlichen Stimmabgabe und der jetzigen Wahlkreiseinteilung unverbrüchlich fest. Dazu wurde folgende Resolution des Grafen Mirbach-Sorquitten angenommen:

> „Die Generalversammlung des ostpreußischen konservativen Vereins steht auf dem Boden der Stellungnahme der konservativen Partei des Abgeordnetenhauses zum preußischen Wahlrecht, die in der Erklärung vom 10. Januar d. J. auf Grund des einstimmigen Beschlusses der konservativen Fraktion zum Ausdruck gelangt ist. Das Wahlrecht für das preußische Abgeordnetenhaus hat sich im vollsten Umfange bewährt. Es hat keine der staatserhaltenden politischen Parteien bevorzugt, es hat die berechtigte Bedeutung des Mittelstandes in Stadt und Land aufrecht erhalten. Eine Abänderung der Wahlbezirkseinteilung ist nicht erforderlich, da eine Beseitigung von deren Härten durch die Novelle vom Jahre 1905 erfolgt ist."

Schlimmer kann man mit Behauptungen den Tatsachen nicht ins Gesicht schlagen. Daß sich das Dreiklassenwahlrecht für die Junker und Junkergenossen „bewährt" hat, ist richtig, denn sie haben dadurch die dominierende Stellung in Preußen und mittelbar im Reich erlangt. Aber zu behaupten, daß es die berechtigte Bedeutung des Mittelstandes in Stadt und Land aufrecht erhalte, dazu muß man eben Junker sein, der dem Mittelstand nur sehr wenig „berechtigte" Bedeutung zuerkennt.

Die Hoffnung am Grabe.

Es hat beinahe etwas Rührendes, wenn man die Bemühungen mit ansieht, mit denen der Liberalismus allen für ihn noch so blamablen Vorgängen des politischen Lebens eine günstige Seite abgewinnen will. So war es mit der Erklärung Bülows zur preußischen Wahlreform, so ist es jetzt wieder mit dem Personenwechsel im Reichsschatzamt. Da man mit dem besten Willen nicht behaupten kann, daß Herr Sydow ein Freund der Liberalen ist, so behauptet man wenigstens, er sei ein Gegner Rheinbabens, und der ist offenbar ein Feind der Liberalen. In diesem Sinne wird die Ernennung Sydows zum ressortlosen preußischen Minister ausgeschlachtet und die Sache so gedreht, daß Rheinbaben „eigentlich" gehen müßte, da er durch die Vereinigung des Reichsschatzsekretariats mit einem preußischen Ministerium gar zu sehr vor den Kopf gestoßen sei. So schreibt beispielsweise der liberale „Hannoversche Courier",

Herr Sydow habe Sitz und Stimme im preußischen Staatsministerium zur Vorbedingung seines Amtsantritts gemacht, um dann fortzufahren:

Der Schatzsekretär war bis zu gewissem Grade bisher immer, was auch der Reichseisenbahnpräsident ist; ein Johann ohne Land, der gegenüber der Allmacht des preußischen Finanzministers nichts bedeutete. Dieser Allmacht rückt der Schatzsekretär, der zugleich preußischer Staatsminister ist, ein wenig auf den Leib. Wie Herr v. Rheinbaben diese Einschränkung seiner Befugnisse aufgenommen hat, wissen wir nicht. Um seine Zustimmung ist er, wie man sich erzählt, nicht befragt worden. Dem Staatsministerium soll am Dienstag mittag einfach die bevorstehende Ernennung des Schatzsekretärs auch zum preußischen Minister lediglich zur Kenntnisnahme mitgeteilt worden sein.

Aus den Wendungen: wissen wir nicht, man erzählt sich, soll usw. geht schon hervor, auf wie schwachen Füßen das ganze liberale Geschichtchen ruht. Von welchen tiefgreifenden Differenzen zwischen den Herren Bülow und Rheinbaben war denn bisher etwas zu spüren? Bülow will keine direkten Reichssteuern und Rheinbaben auch nicht. Bülow will Vermehrung der indirekten Steuern, Rheinbaben auch. In allen Hauptsachen sind die Herrschaften ja ganz einig!

In einem Teil des Freisinns kommt man in dieser Situation hinter die Weisheit des Spruches: wenn der Berg nicht zum Propheten geht, geht der Prophet zum Berge. Das heißt, ins Politische übertragen: wenn die Junkerregierung sich bei der Reichsfinanzreform nicht nach den Wünschen der Liberalen richtet, so müssen sich eben die Liberalen nach den Wünschen der Junkerregierung richten. Tatsächlich hat sich schon ein freisinniger Reichstags-Abgeordneter gefunden — natürlich ein Mitglied der freisinnigen Volkspartei —, der flott für indirekte Steuern eintritt, selbstverständlich aber, wie Herr Wiemer sagen würde, „unbeschadet der erprobten Prinzipien der freisinnigen Volkspartei". Dieser echte Freisinnige ist Herr Hormann, der Vertreter für Bremen im Reichstage, der in der „Nordwestdeutschen Zeitung" auf eine Anfrage des Vereins der Freisinnigen folgende Erklärung veröffentlicht:

Persönlich stehe ich fest auf dem Programm der freisinnigen Volkspartei und lehne daher alle auf Erhöhung der Steuern auf notwendige Lebensmittel gerichteten Vorschläge unbedingt ab. Spiritus und Tabak sind keine notwendigen Lebensmittel, somit könnte der Freisinn, ohne seinem Programm untreu zu werden, einer Erhöhung der Steuereinnahmen aus diesen beiden Konsumartikeln zustimmen, und es fehlt bei uns nicht an Stimmen, die diesen Weg für durchaus gangbar halten.

Man wird die Genugtuung begreifen, mit der das Brotwucherorgan des Herrn Oertel dieses Bekenntnis einer schönen Seele wiedergibt, und mit satanischem Hohn fügt es hinzu, daß von diesem Standpunkt aus sich der Freisinn auch nicht grundsätzlich gegen eine Biersteuererhöhung wenden könne.

Bezeichnend ist, daß die „Freisinnige Zeitung" gegen dieses für die gesamte freisinnige Fraktionsgemeinschaft so blamable Eingeständnis des Abg. Hormann nicht das geringste einzuwenden hat.

Als ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt

stellt sich der am Sonntag in Essen abgehaltene „Fortschrittliche Arbeitertag", über den wir kurz berichtet haben, dar. Die Arbeiter hatten gewiß recht mit ihrer Kritik des Liberalismus, seiner politischen Waschlappigkeit, seiner sozialpolitischen Rückständigkeit und seiner Scheu vor allem, was nach Arbeiter aussieht. Manches kräftige und gewiß auch ehrlich empfundene Wort ist bei dieser Gelegenheit über die Lippen von Arbeitern gekommen, die sich selber noch liberal nennen und der liberalen Fahne folgen, wenn sie auch sehen müssen, daß diese Fahne sie in den Sumpf führt, daß Tausende und Abertausende zurückbleiben und entweder müde am Wege verharren oder frischen Mutes sich einer anderen Fahne anschließen, unter der sie begeistert einem neuen Ziele zustreben. Man konnte Mitleid empfinden mit denjenigen, die als Arbeiter dem Liberalismus bis heute treu geblieben sind, die soviel guten Willen einzusetzen vermögen für eine Sache, die auf ewig verloren ist.

Freilich hatten auf dem fortschrittlichen Arbeitertag nicht nur die liberalen Arbeiter, sondern auch die bürgerlichen Vertreter des Freisinns recht. „Wo sind in unseren Versammlungen die Arbeiter, die sich liberal nennen und auch noch liberal wählen? Und wenn sie in geringer Anzahl kommen, sieht man sie sich scheu hinter Säulen und in den Ecken herumdrücken, aber sie gewinnen es nicht über sich, offen für unsere Sachen einzutreten und Opfer zu bringen" — meinte der in Essen anwesende Sekretär der Freisinnigen Volkspartei. Sie schämen sich voreinander: die liberalen Arbeiter vor dem Freisinn und der Freisinn vor den liberalen Arbeitern. Sie trauen einander nicht mehr, weil sie wissen, daß sie nichts mehr voneinander zu erwarten haben. Und dieser Zustand wird dadurch nicht geändert, daß sich am Sonntag 30 bis 40 liberale Arbeiter aus der Millionenmasse des rheinisch-westfälischen Proletariats zusammenfanden zu dem Versuch, aus dem zerbröckelnden Gestein des Freisinns noch einige Funken zu schlagen.

Der fortschrittliche Arbeitertag wird kaum Spuren hinterlassen. Die liberale Arbeiterschaft ist zu schwach, zu begeisterungs- und hoffnungsarm, um den Liberalismus zu Taten aufzupeitschen, und der Liberalismus ist zu morsch und zu verrottet, um der erwarteten Taten, auch wenn die Einwirkung eine dreifach stärkere wäre, fähig zu sein. Es war ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt, was sich am Sonntag zu Essen abspielte.

Einen lustigen Beitrag zur Frage des Pluralwahlrechts

hat Herr Dernburg in einer Rede in der Budgetkommission geliefert. Herr Dernburg stellte nämlich dort dem Reichstag Kolonialbahnvorlagen in Aussicht, vorausgesetzt, daß diese die Genehmigung des Bundesrats und die kaiserliche Sanktion erhalten sollten. Herrn Dernburg ist also eine einfache staatsrechtliche Tatsache, die sehr vielen politisch tätigen Arbeitern im Schlafe noch geläufig ist, vollständig unbekannt. Er weiß nicht, daß nach der Reichsverfassung Gesetzesvorlagen keiner kaiserlichen Vor- oder Nachsanktion bedürfen, daß Bundesrat und Reichstag die beiden einzigen Faktoren der Reichsgesetzgebung sind. Herr Dernburg zählt dabei gewiß zu den Gebildeten, er steht auf der zweithöchsten Stufe der deutschen Reichsbeamtenschaft — aber er hat nie Zeit gefunden, sich mit den einfachsten Tatsachen des deutschen Reichsrechts bekannt zu machen. Damit ist wieder einmal an einem drastischen Fall bewiesen, wie überraschend groß die politische Unwissenheit jener Schichten ist, deren „Bildung und Besitz" durch ein Pluralwahlrecht privilegiert werden soll.

Sozialistendebatte im Badischen Landtag.

Bei der Beratung des Justizetats in der Zweiten badischen Kammer hatte Genosse Adolf Geck zum Beweise dafür, daß bei Strafverfolgungen sich preußischer Einfluß in Baden geltend gemacht hat, erzählt, wie ihn der Staatsanwalt Jolly im Jahre 1893 zu sich gebeten und ihm gegenüber geklagt habe, daß er gegen ihn eine ungerechte Anklage erheben müsse. Er sei gezwungen, sie zu vertreten, da sie aus Preußen stamme.

Zwei Tage später hat dann der Staatsminister Dusch eine Erklärung in der Kammer abgegeben, wonach er die Akten durchgesehen, aber einen solchen Fall nicht gefunden habe. Wahrscheinlich, so meinte er, handele es sich um einen Artikel des damals in Offenburg erscheinenden „Volksfreunds", der einer in Hamburg erschienenen Broschüre entnommen sei, gegen die die Hamburger Staatsanwaltschaft eine Verfolgung nicht eingeleitet hatte. Staatsanwalt Jolly habe gleichfalls Bedenken gehabt, gegen den verantwortlichen Redakteur Geck vorzugehen, sei aber, ohne daß Preußen sich eingemengt habe, und ohne daß mit den Hamburger Behörden eine Korrespondenz erfolgt wäre, von dem Oberstaatsanwalt zur Erhebung der öffentlichen Klage angewiesen worden. Als der Staatsminister diese Ausführungen machte, befand sich Genosse Geck im Reichstage, so daß seine Antwort sich etwas verzögerte. Am vergangenen Montag nun gab er vor Eintritt in die Tagesordnung die Erklärung ab, daß er seine Behauptungen in vollem Umfange aufrecht erhalte und fügte hinzu, Herr Jolly habe auch einem anderen Sozialdemokraten, dem damaligen Redakteur Zielowski, gegenüber sich ähnlich geäußert und ihm Ratschläge gegeben, wie er einem Eröffnungsbeschluß in einem gegen ihn anhängig gemachten Strafverfahren wirksam begegnen könne. Diesen Vorgang hat übrigens Zielowski, der jetzt Redakteur und Stadtverordneter zu Frankfurt a. M. ist, in einem Artikel des „Volksfreunds" im Jahre 1906 veröffentlicht und von keiner Seite ist ihm widersprochen worden.

Diese Erklärung Gecks fand in der Kammer auch bei den bürgerlichen Parteien stillschweigende Zustimmung. Sie wissen sehr wohl, daß es Preußen von jeher leicht war, die badische Regierung im reaktionären Sinne zu beeinflussen, auch wenn der badische Staatsminister davon nichts in den Akten findet.

Der Seniorenkonvent des Reichstages

beschloß, im Plenum zunächst den Etat des Innern und dann den Etat des Auswärtigen und des Kolonialamtes auf die Tagesordnung zu bringen. Man hofft, am 25. März mit dem Etat fertig zu werden und am Donnerstag oder Freitag vor Palmsonntag in die Ferien gehen zu können.

Der Beirat für Arbeiterstatistik

hielt seine 20. Sitzung ab. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde in die Beratung der Ergebnisse der Erhebungen über die Arbeitszeit in Plätt- und Waschanstalten eingetreten. Die Erhebungen hatten die Beobachtung bestätigt, daß in den Plättereien und Wäschereien wegen Arbeitszeit Mißstände zutage getreten sind, denen durch gesetzliche Bestimmungen entgegenzuwirken geboten erscheint. Der Beirat für Arbeiterstatistik beschloß, zu empfehlen, daß die §§ 135 bis 139 und 139b der Gewerbeordnung auf die gewerblichen Plättereien und Wäschereien mit weniger als 10 Arbeitern ausgedehnt werden, daß aber gestattet sein soll, an höchstens 60 Tagen im Jahre, von denen jedoch nur 30 solche vor Sonn- und Festtagen sein dürfen, Arbeiterinnen über 16 Jahre bis abends 10 Uhr, aber höchstens 12 Stunden am Tage zu beschäftigen. Hat eine solche Überarbeit stattgefunden, so ist den Arbeiterinnen danach eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 10 Stunden zu gewähren. Weiter wurde empfohlen, an Sonnabenden und den Tagen vor Festtagen Überarbeit über die gewöhnliche Arbeitszeit nur unter der Bedingung zu gestatten, daß am folgenden Sonn- oder Festtage eine Beschäftigung der Arbeiterinnen überhaupt nicht stattfinden dürfe.

Dänemark.

Das dänische Landsthing nahm in dritter Lesung den Gesetzentwurf betr. die Einführung des allgemeinen kommunalen Wahlrechts mit 32 gegen 29 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen an.

Rußland.

2450 Millionen Rubel für die russische Flotte. In der vom Marineministerium bei der Duma eingebrachten, in zwei Teile zerfallenden Flottenvorlage werden nach der „Frankf. Ztg." im ersten dringenderen Teile 450 Millionen Rubel, auf vier Jahre verteilt, zum Bau von Schlachtschiffen, Torpedos und zur Anlage von Flottenstützpunkten für den Ostseeschutz verlangt. Der zweite Teil der Vorlage verlangt 2000 Millionen Rubel, auf zehn Jahre verteilt, anfangend mit 87 Millionen jährlich, bis auf 250 Millionen aufsteigend und auf 150 Millionen jährlich zurückgehend.

Die Volksvertreter im Gefängnis. Die zu Zwangsarbeit und Deportation verurteilten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma befinden sich gegenwärtig noch im Petersburger Untersuchungsgefängnis. In den nächsten Tagen steht ihre Überführung nach der „russischen Bastille" — der Schlüsselburger Festung bevor. Die Gesundheit der meisten von ihnen hat stark gelitten. Besonders schlecht steht es mit den Genossen Lontatidse, Zeretelli, Dschparidse und Judin. Ersterer leidet an hochgradiger Schwindsucht und kann sich nur mit Unterstützung der Gefängniswärter fortbewegen. Als „besondere Gnade" wird ihm gestattet, „bis auf weiteres" im Untersuchungsgefängnis zu bleiben.

Bombenwurf. In der Nähe von Kielce (Russisch-Polen wurden gegen einen Eisenbahnzug drei Bomben geworfen, wodurch mehrere Personen verwundet wurden. Die Täter raubten aus dem Postwagen 20 000 Rubel und entkamen.

England.

Mißtöne im europäischen Orchester. Im Oberhause richtete Newton an die Regierung eine Anfrage hinsichtlich der Lage in Macedonien und verwies auf die Wirkung, welche die türkische Eisenbahnkonzession auf das Mürzsteger Programm und das europäische Konzert ausüben werde. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Lord Fitzmaurice erklärte darauf, er könne dem Hause keine erfreuliche Mitteilungen machen; man sei in dieser Frage auf einem sehr kritischen Punkte angelangt, sowohl in Macedonien selbst als auch in diplomatischer Hinsicht im europäischen Konzert.

Türkei.

Der persisch-türkische Grenzstreit. Der Vorsitzende der persischen Grenzregulierungs-Kommission schlug der türkischen Kommission vor, alle Sitzungen als nicht dagewesen zu betrachten und die Verhandlungen von neuem zu beginnen. Die Türken gingen darauf nicht ein und erklärten alle Beziehungen zwischen beiden Kommissionen für abgebrochen. Wie weiter berichtet wird, bildeten scharfe Auslassungen des persischen Kommissars in der am 23. Februar abgehaltenen Sitzung den Grund des Abbruchs der Verhandlungen zwischen beiden Kommissionen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 27. Februar.

Zuzug nach der Grevesmühler Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft Lübecks. Da voraussichtlich in den nächsten Tagen die Gärtnergehilfen und Gärtnerei-Arbeiter Lübecks und Umgebung in den Streik eintreten, so ersuchen wir alle organisierten Arbeiter um ihre tatkräftige moralische Unterstützung. Diese Unterstützung benötigen wir in erster Linie für die Kollegen, welche bei ihrem Unternehmer eine Dienstwohnung inne haben und diese Dienstwohnung 3 Tage nach Arbeitsniederlegung räumen müssen. Arbeiter, Genossen, jeder, der von euch verheiratet ist, weiß, was das zu bedeuten hat. Wir ersuchen daher alle organisierten Arbeiter, welche uns bei der Unterbringung dieser Kollegen mit ihren Familien und ihrem Hausrat, zu dem auch lebendes Inventar, Schweine und Geflügel gehört, durch zur Verfügungstellung von Räumlichkeiten (Keller, Böden, Ställe usw.) und durch Aufnahme von Kindern für einige Tage, bis sich genügend Wohnungen gefunden haben, behilflich sein können und wollen, bei uns zu melden. Arbeiter, Genossen, hier gilt es zu zeigen, was Arbeitersolidarität heißt. Hier gilt es zu beweisen, daß die Arbeiterschaft ihre Kämpfer, die der Kapitalismus mit Weib und Kind rücksichtslos auf die Straße wirft, ihnen das Dach über dem Kopf entzieht, nicht im Stiche läßt. Daher auf an's Werk! Jeder tue das Seine. Alle Mitteilungen sind an untenstehende Adresse zu richten.

Die Lohnkommission.

J. A.: Franz Schmidt, Dornestraße 14 a.

Die Differenzen in der Brotfabrik zu Fahrenkrug A.-G. in Holstein sind durch gegenseitige Verhandlung zwischen der Betriebsleitung und dem Verbande der Bäcker und Konditoren beigelegt worden. Es wurde ein bis zum 31. 12. 1909 laufender Tarifvertrag vereinbart. Bezüglich der im Ausstande Gewesenen verpflichtet sich die Betriebsleitung, 6 derselben zu Beginn der kommenden Woche wieder einzustellen, 5 derselben sind bereits im Betriebe wieder eingestellt, bei weiteren Einstellungen muß immer wieder auf die im Ausstande Gewesenen zurückgegriffen werden bis dieselben sämtlich wieder eingestellt sind. Die im Ausstand Gewesenen haben dann am Abend desselben Tages die Aufhebung des Streiks beschlossen. Es kann nunmehr das Produkt der Fahrenkruger Brotfabrik wieder konsumiert werden. Wir bitten die Bevölkerung und vor allem die Abnehmer der Brotfabrik zu Fahrenkrug hiervon Kenntnis zu nehmen.

Der Vorstand des Verbandes der Bäcker u. Konditoren und verw. Berufsgenossen Deutschlands.
C. Allmann, Vorsitzender.

Dr. Bovenschen, der „berühmte" erste Agitator des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, der sich heute abend — nach der hiesigen Reichsverbandspresse — als „hervorragender Redner" vor „hochwohlgeborenen", „wohlgeborenen" und ganz gewöhnlichen Blockbrüdern produzieren soll, ist vielleicht nicht in dem gleichen Maße hier in Lübeck in seiner Eigenschaft als „ehrlicher" Politiker wie als Sprecher bekannt. Um diesem fühlbaren Mangel abzuhelfen, wollen wir eine kleine Affäre wieder ausgraben, die sich vor einiger Zeit ereignet hat; hoffentlich machen wir damit dem p. p. Hauptgeschäftsführer eine Freude. Das „St. Elisabeth Blatt" hatte am 9. Juni 1907 berichtet:

„Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hielt kürzlich in Eisenach den ersten Delegiertentag ab. Wie wir dem „Hannoverschen Courier" entnehmen, sprach u. a. Exjesuit Graf Hoensbroech über Wesen und Ziele des Reichsverbandes. Er führte aus, daß der Verband z. Z. der wichtigste kulturelle Verein sei, weil er sich gegen die größte antikulturelle Macht, den Ultramontanismus, wendet."

Dazu bemerkt die „Korrespondenz des Reichsverbandes" — Nr. 38 vom 12. Juni 1907 — daß der antiultramontane Reichsverband mit dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie nichts zu tun habe. Der Reichs-Lügenverband wende sich grundsätzlich gegen keine bürgerliche Partei und gegen keine religiöse Richtung. Von seinem Prinzip, im Kampfe für die heiligsten Güter der Nation peinlich die Pfade der Wahrheit zu meiden, weicht der Reichsverband auch in diesem Falle nicht ab. Mitte Oktober 1905 veröffentlichte das Zentrumsblatt „Echo der Gegenwart" in Aachen

ein recht interessantes Schreiben, das den Geschäftsführer des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, einen Dr. Bovenschen, zum Verfasser hatte. Ein Zentrumsanhänger in Aachen war zum Beitritt aufgefordert worden, hatte aber unter deutlichem Hinweis auf seine Gesinnung ablehnend geantwortet. Darauf erhielt er versehentlich die folgende Antwort:

„Sehr geehrter Herr!

Aus Ihrem Schreiben vom 8. d. Mts. ersehen wir zu unserem Bedauern, daß Sie dem „Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie" nicht glauben beitreten zu können, weil Sie in dem Ultramontanismus den Todfeind unseres deutschen Vaterlandes erblicken. Da wir großen Wert darauf legen, alle nationalgesinnten Männer in unserem Verbande zu vereinigen, so wollen Sie uns gestatten, daß wir auf Ihren Brief einiges erwidern. Eine energische Bekämpfung der Sozialdemokratie ist zugleich der beste Weg, um die Macht und den Einfluß des Ultramontanismus zu brechen. Die Reichsregierung befindet sich bei der heutigen Stärke der verschiedenen Parteien in einer ungemein schwierigen Lage. Die nationalen, oder in diesem Falle vielleicht richtiger, die alten Kartellparteien bieten im Reichstage der Regierung nicht diejenige Majorität, die sie nötig hat, um auf dem Gebiete der Flotten- und Heeresvermehrung der Kolonialpolitik usw. wirkliche nationale Politik treiben zu können. Sie ist also notgedrungen auf eine Unterstützung durch den Ultramontanismus angewiesen, soll die gesamte Gesetzgebungsmaschine nicht ganz zum Stillstand gebracht werden. Nun hat sich der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie" die Aufgabe gestellt, vor allem bei den Wahlen dafür zu sorgen, daß möglichst viel Wahlkreise der Sozialdemokratie wieder abgenommen werden. Die Sozialdemokratie verfügt bekanntlich über 78 Sitze im Reichstage. Unter diesen sind etwa 30 bis auf weiteres fester Besitz der Sozialdemokratie, wo die Verwendung von Kräften und Geld eine nutzlose Vergeudung wäre. (Es bleiben aber immerhin 48 Wahlkreise, unter denen mindestens 30 den Sozialdemokraten wieder abgenommen werden können, wenn alle Nichtsozialdemokraten bei den Wahlen ihre Pflicht tun und das Bürgertum es unterläßt, sich gegenseitig zu zerfleischen. Gelingt es, was bestimmt zu hoffen ist, diese 30 Wahlkreise den Sozialdemokraten wieder abzunehmen und unter die nationalen Parteien zu verteilen, so würde die Regierung diejenige Mehrheit im Reichstag haben, die es ihr ermöglichen würde, sich von der Rücksicht auf den Ultramontanismus frei zu machen und sich auf die übrigen bürgerlichen Parteivertretungen im Reichstage bei ihren nationalen Aufgaben zu stützen. Einen besseren Weg, den aus allen Gegenden geäußerten Wünschen in bezug auf die Zurückdrängung des Ultramontanismus entgegenzukommen, gibt es also nicht, als durch eine energische Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die Reichsregierung muß Realpolitik treiben. Würde sie den Ultramontanismus bekämpfen, ohne daß die Sozialdemokratie an ihrer Stärke im Reichstage vermindert würde, so würde die Regierung sich einfach zwischen zwei Stühle setzen, und eine solche Möglichkeit kann sie natürlich nicht riskieren. So lange also die heutige Parteikonstellation im Reichstage vorhanden ist, wird die Macht und die Bedeutung des Ultramontanismus weiter wachsen, und jeder Sozialdemokrat mehr im Reichstage bedeutet somit zugleich indirekt eine Stärkung der Macht und Bedeutung des Ultramontanismus. Diejenigen also, die im Ultramontanismus eine Gefahr sehen, können nichts Besseres tun, als alle Bestrebungen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu unterstützen; das ist eine logisch vollständig richtige Konsequenz, die aber leider noch viel zu wenig beachtet wird.

Wir hoffen, daß Sie nach diesen Ausführungen unsere nationalen Bestrebungen nunmehr doch durch Ihre Mitgliedschaft unterstützen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
die Geschäftsstelle des
„Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie."
Dr. Bovenschen."

Aus diesem Schreiben geht klipp und klar hervor, daß der Reichsverband seine sich frei von jeder Ehrlichkeit haltende Agitation nicht nur gegen die Sozialdemokratie richtet, sondern auch gegen das Zentrum, eine gewiß gut bürgerliche Partei. Dr. Bovenschen und die ihm unterstellten Wanderredner sind also ungemein wahrheitsliebend, wenn sie mit dem gut einstudierten Brustton der Überzeugung ihren Zuhörern vordeklamieren: Der Reichsverband erkennt es als seine Taktik, den bestehenden bürgerlichen Parteien gegenüber grundsätzlich volle Neutralität zu bewahren und sich einzig und allein zu beschränken auf die Bekämpfung der verhetzenden, den Klassenkampf schürenden und die Entwicklung Deutschlands lähmenden Sozialdemokratie." Wir haben uns für verpflichtet gehalten, der Lübecker Bevölkerung auch den allen ehrlichen Politiker Bovenschen zu zeigen, der allen bürgerlichen Parteien dienen will, dessen ungeachtet das Zentrum bekämpft und die von ihm bekämpften Zentrumsangehörigen obendrein zur Mitgliedschaft zum Reichsverbande verleiten will. Um diesem Mann zu einer halbwegs besuchten Versammlung zu verhelfen, spannen sich sowohl die hiesigen „Liberalen" als auch die freisinnigen Volksparteiler vor den Reklamekarren des Reichsverbandes. Auch ein Zeichen für den Niedergang des Liberalismus, dessen einsichtige Hamburger Vertreter kürzlich einem Sozialdemokraten in der Bürgerschaftsstichwahl zum Siege verhalfen, weil sie erkannten, daß die Sozialdemokratie diejenige Partei ist, die in allererster Linie für Volksrechte und Freiheiten eintritt.

Gast und Kellner. Am 5. Dezember v. J. feierte der „Wandsbeker Wirteverein von 1882" in der „Harmonie" in Wandsbek sein 25jähriges Stiftungsfest, an dem auch Deputationen auswärtiger Wirtevereine, die dem „Norddeutschen Gastwirteverband" angehören, teilnahmen. Hierzu gehörte auch der frühere Wirt und Vorsitzende des „Vereins der Schank- und Gastwirte von Lübeck" und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Lübecker Vereinsbrauerei, Herr Th. Kruse. Beim Festessen gab es u. a. auch Karpfen. Kr. ersuchte die Kellner um die in Lübeck übliche Beigabe von Milch und Rogen. Der Kellner Schm. entsprach diesem Wunsche, indem er eine Portion Milch und Rogen in den Speisesaal brachte, obwohl er hierzu nicht verpflichtet, vielleicht nicht einmal berechtigt war. Diese Gefälligkeit paßte Kr. nicht, da er angeblich seine Kollegen selbst mit dem „Extrahappen" hatte überraschen wollen. An der Tonbank der Gaststube sagte er deshalb zu Schm.: „Sie sind der größte Ochse, der mir in meinem Leben vorgekommen ist." Obwohl trotzdem Schm. seinen „Fehler" gutzumachen bereit war, versetzte Kr. ihm hinterrücks einen Stoß, daß er etwa zwei Meter vorwärts flog. Im Speisesaal sagte er dann nochmals zu Schm. „Sie Ochse usw.," oder „er gröhlte" es vielmehr, wie in der vor dem Wandsbeker Schöffengericht abgehaltenen Verhandlung eine — Entlastungszeugin bekundete. Ein — Entlastungszeuge erklärte, über diese Roheit „baff gewesen" zu sein. Der am Feste teilnehmende Vorsitzende der Wandsbeker Zahlstelle des Gastwirtsgehilfenverbandes, Gastwirt H., erfuhr von dem Vorkommnis und stellte den Kr. zur Rede, indem er ihm gleichzeitig nahelegte, die Sache mit ein paar Worten aus der Welt zu schaffen. Mit großer Entrüstung lehnte Kr. das unter Beleidigungen gegen H. ab. Vor einem Kellner tue er keine Abbitte, lieber zahle er 20 Mk. in die Armenkasse. Späterhin ließ er sich noch in höhnendem Ton anderen Gästen gegenüber über sein „Erlebnis" aus, wodurch er mindestens bekundete, daß er sein Betragen nicht im geringsten bedauerte. Um einmal ein Exempel zu statuieren und künftig die Berufsgenossen vor solchen Insulten zu schützen, strengte Schm. auf Veranlassung seiner Organisation gegen Kr. Beleidigungsklage an. Dr. Herz-Altona fungierte als Vertreter des Klägers. Die Beweisaufnahme fiel äußerst ungünstig für den Angeklagten aus, dessen Entlastungszeugen sich zu sehr brauchbaren Belastungszeugen umwandelten. Selbst Kruses Verteidiger mußte zugeben, daß der Inhalt eines im Sinne unserer obigen Darstellung das Vorkommnis schildernden Artikels im „Gastwirtsgehilfen" voll erwiesen sei. Alle Einzelheiten wurden vollauf bestätigt. Zeuge Jungblut bekundete u. a., daß ihm in seiner langjährigen Tätigkeit noch eine solche „grobe Flegelei" — anders könne er es beim besten Willen nicht nennen — nicht vorgekommen sei. Dr. Herz kritisierte das Gebaren des Angeklagten auf das schärfste und beantragte eine empfindliche Geldstrafe, entsprechend der an den Tag gelegten großen Roheit. Der Verteidiger meinte, die ganze Sache sei nur aufgebauscht und eine Folge des in letzter Zeit gespannten Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Dafür zeuge auch die späte Einleitung der Klage. Dr. Herz erwiderte, diese resultiere aus dem begreiflichen Umstande, daß der Kläger den Boykott der Arbeitgeber mit Recht gefürchtet habe, der ihn bei der heutigen schlechten Konjunktur doppelt empfindlich treffen würde. Kruse meinte, er sei schon genügend gestraft durch den Artikel im „Gastwirtsgehilfen", dessen Inhalt ihm in Lübeck überall vorgehalten werde und ihn außerordentlich schädige. Das Gericht erkannte auf 100 Mark Geldstrafe, event. 20 Tage Gefängnis und Tragung aller Kosten. Es betonte, daß besonders straferschwerend die außerordentliche Roheit ins Gewicht falle, welche der Angeklagte an den Tag gelegt habe, und die um so schlimmer sei, als Kr. allen höflichen Vermittlungsversuchen nur Verschärfung der Beleidigungen und Hohn entgegengesetzt habe. Weiter sei in dieser Hinsicht berücksichtigt, daß man von dem Angeklagten, der selbst aus dem Kellnerberufe hervorgegangen sei und Leiden und Freuden der Kellner aus eigener Erfahrung kennen müsse, mehr Mitgefühl für seinen ehemaligen Kollegen hätte erwarten dürfen. Der Artikel im „Gastwirtsgehilfen" sei durchaus angebracht und berechtigt gewesen. Kruse habe auch durch die Bemerkung, daß er sich bei einem Kellner überhaupt nicht entschuldige, den ganzen Beruf beleidigt. Dagegen hätten alle Berufsangehörigen das Recht, sich zu wehren. Es sei bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß wegen dieses Vorfalles in dem Lübecker Gast- und Schankwirteverein „sehr unliebsame Debatten" stattgefunden haben. Kruse wurde als Vorsitzender nicht wiedergewählt. Er will jetzt Berufung einlegen. Was er sich davon verspricht, ist uns allerdings nicht recht klar. Er kann doch höchstens zum zweiten Male hineinfallen.

Ausgrabungen auf der Stätte von Altlübeck. Mit Rücksicht auf das wissenschaftliche Interesse an der Aufdeckung Alt-Lübecks beantragte der Senat beim Bürgerausschuß, daß der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit zwecks Abschlusses der Ausgrabungen in Alt-Lübeck die Summe von 1800 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, zur Verfügung gestellt und dieser Betrag auf Abschnitt XIII des Staatsbudgets für 1908 angewiesen werde. Der Bürgerausschuß erteilte die beantragte Mitgenehmigung.

Straßennamen. Durch Senatsbeschluß vom 19. d. M. ist der Name Brockesstraße auf ihre Verlängerung nördlich der Brolingstraße bis zu der im Bebauungsplane vorgesehenen Ringstraße ausgedehnt worden.

Das allbekannte alte Haus der Schiffergesellschaft soll im Laufe dieses Sommers eine gründliche Modernisierung erfahren. In dem ersten Stockwerk des Vorderhauses wird eine Wohnung für den Ökonomen eingebaut. Die Räume des Seitenflügels an der Engelsgrube werden mit Gesellschaftsräumen, Klubzimmern und Sälen ausgestattet werden, während die Buden rechts und links des Einganges zum Schifferhofe abgebrochen und an ihrer Stelle ein Neubau mit 10 abgeschlossenen Wohnungen für Schifferwitwen errichtet wird. Bei diesem Umbau, zu dem die beträchtlichen Baukosten in der letzten Generalversammlung der Schiffergesellschaft bewilligt wurden, wird natürlich aufs sorgfältigste darauf geachtet werden, daß die äußere historische Form des Gebäudes nicht verändert wird. Die alte berühmte Schenkstube im Erdgeschoß des Vorderhauses wird von dem Umbau nicht betroffen werden.

Handelsregister. Am 25. Februar 1908 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma M. H. Lissauer u. Co. in Lübeck: Die dem Kurt Lissauer erteilte Prokura ist erloschen; 2. bei der Firma St. Jürgen-Dampfmühle Kommanditgesellschaft Fr. Ewers in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen; 3. die Firma Otto Schümann in Lübeck. Inhaber: Kaufmann Otto Schümann in Lübeck: 4. die Firma Lübecker Groß-Dampf-Wasch- und Plätt-Anstalt Paul Duncker in Lübeck. Inhaber: Kaufmann P. H. F. Duncker in Lübeck.

Für unzuständig erklärte sich das Schöffengericht in der Sache gegen den Maler Bo., der in der Sandstraße eine Automatenhalle eingerichtet hatte. Nach Auffassung des Schöffengerichts handelt es sich um ein gewerbsmäßiges Glücksspiel, dessen Aburteilung der Strafkammer vorbehalten ist.

Ein betrübender Vorfall, bei dem ein junges Menschenleben zu Grunde gegangen ist, ereignete sich im hiesigen Waisenhause. Der 14jährige Zögling R., der Ostern konfirmiert werden sollte, litt an Drüsen und Mandelentzündung, sodaß am Montag eine Operation an ihm vollzogen werden sollte, wovon der Knabe aber nichts erfahren hatte. Da hörte er von anderen Zöglingen von dem was ihm bevorstand. Aus Angst vor den mit der Operation verbundenen Schmerzen, unter denen er so schwer zu leiden hatte, stürzte sich der Knabe aus einem Fenster des Schlafsaales auf den Hof. Schwer verletzt wurde R. dem Krankenhause zugeführt, wo er gestorben ist. R. war ein fleißiger und begabter Junge, der nach Ostern bei einer hiesigen Behörde als Lehrling eintreten sollte.

Stadttheater-Provisorium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: „Panne", der neue Schwank von Skowronnek, welcher morgen bereits zum vierten Male wiederholt wird, erweist sich als ein Schlager ersten Ranges. Das wird sich auch Freitag wieder zeigen. Sonnabend wird noch einmal „Das Blumenboot" als volkstümliche Vorstellung gegeben. Sonntag nachmittag gelangt das Lustspiel „Unsre Käte" zur Aufführung. Sonntag abend wird Die lustige Witwe", die erfolgreichste Operette der Jetztzeit, in Szene gehen.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgend Papiere erforderlich:

1) **Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)**
2) **Staatsangehörigkeits-Ausweis.**
3) **Militär-Papier.**
4) **Anmeldeschein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.**
   Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern):
5) **Gewerbe-Anmeldeschein.**
6) **Innungsmitgliedsschein.**
   Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:
7) **Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährige Kinder.**
8) **Geburtsschein der Ehefrau.**

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältliches Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich Steuern bezahlt hat.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktags in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Scherrebek. Tödlicher Unfall. Der Arbeiter Schwarz wurde beim Bäumefällen von einem großen Baume erschlagen.

Kiel. Um die Gültigkeit des Strafantrages handelt es sich in dem Prozesse gegen den Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung", Bernhard Karl Burckhardt in Kiel, der am 22./29. Oktober v. J. vom dortigen Landgericht wegen Beleidigung der Regierung in Schleswig verurteilt worden ist. Inkriminiert ist ein Artikel „Aus dem Reiche des Herrn Studt", in welchem von dem Verfahren gegen den sozialdemokratischer Anschauungen verdächtigen Lehrer Hansen die Rede ist. Den Strafantrag hat der Vorsitzende der Abteilung für Kirchen- und Schulsachen bei der Regierung in Schleswig gestellt. In seiner Revision bezeichnete der Angeklagte diesen Strafantrag für rechtsunwirksam. — Der Reichsanwalt war ebenfalls der Ansicht, daß der Regierungspräsident den Antrag hätte stellen müssen, und beantragte die Aufhebung des Urteils, sowie die Einstellung des Verfahrens. Das Reichsgericht vertagte die Entscheidung auf den 9. März. — Aussperrung. Die Howaldtswerke sperrten nachmittags 60 Proz. der im Schiffsbau beschäftigten Arbeiter aus. Dies ist die Gegenmaßregel auf die von den organisierten Arbeitern erfolgte Arbeitsniederlegung. — Ein Zusammenstoß der beiden Torpedoboote S 140 mit S 139 hatte recht traurige Folgen. Dabei wurde der obere Signalgast Schultz getötet und der Heizer Ludwig schwer verletzt. S. 140 lief S 139 ins Heck und drang bis in die Schlafräume ein.

Flensburg. Geborstene Ordnungssäule. Nach Unterschlagung von über 200 000 Mk. ist ein angesehener hiesiger Kaufmann, der Legate verwaltete, verschwunden. Wie hoch sich die Unterschlagungen belaufen, ist noch nicht festgestellt. Der Defraudant stand mit dem Bankier Friedberg in geschäftlicher Verbindung.

Wismar. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der Chaussee von hier nach Steffin. Der „Deputatknecht" Carl Jörß aus Hof Mecklenburg, welcher eine Frau und sieben unmündige Kinder hinterläßt, verunglückte tödlich.

Bremen. Genosse Alois Rosenlehner, Mitglied der Bürgerschaft, ist am Dienstag im Alter von 52 Jahren gestorben. Mit ihm ist ein unermüdlicher Vorkämpfer unserer Bewegung ins Grab gesunken. R. war von Beruf Schriftsetzer und bekleidete auch in seiner Gewerkschaft viele Ehrenämter. Ehre seinem Andenken.

Oldenburg. En canaille. Der Oldenburger Handelskammer mußte in ihrer letzten Sitzung der Vertreter der Regierung, Dr. Driver, die interessante Mitteilung machen, daß der oldenburgischen Staatsregierung die Vorlagen für den Bundesrat nicht einmal in ihren Grundzügen vorher bekannt gegeben werden, sondern daß sie vielmehr erst Kenntnis davon zu bekommen pflegt, wenn der Bundesrat sie veröffentlicht. Weder über die grundlegenden Fragen des Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung noch über die des Gesetzentwurfs betreffend di Errichtung der Arbeitskammern sei die oldenburgische Regierung vorher gehört worden. Das ist ja eine reizende Bummelei, in Berlin wie in Oldenburg. Aber warum läßt man sich eine derartige Behandlung gefallen?

Theater und Musik.

„Erdgeist", Tragödie in 4 Akten von Frank Wedekind. Bereits vor Jahren wurde dem Lübecker Theaterpublikum die Bekanntschaft mit Wedekinds „Erdgeist"-Tragödie durch das Ensemble des Deutschen Theaters vermittelt. Die Wirkung war damals die gleiche, wie gestern, wo das Thalia-Theater-Ensemble die Aufführung übernommen hatte: man fühlte sich abgestoßen und interessiert zugleich. Wedekinds Charaktere erscheinen seltsam und bizarr, und dennoch fühlt man instinktiv, daß sie von echtem Leben erfüllt sind. Diejenige Gestalt, um welche alle übrigen gruppiert sind, die alle magnetisch anzieht, ist die Lulu, welche man wohl mit Zolas „Nana" vergleichen kann. Sie ist die personifizierte Sinnlichkeit. Frau Schroth verstand es durch ihre hervorragende Darstellungskunst, diese schwere Rolle restlos auszuschöpfen. Es hatte etwas Raubtierartiges an sich, dieses Geschöpf, das alle Männer an sich zieht und betrügt, das kein Herz hat, sondern nur Sinne und Sinnlichkeit. Ihr Partner, Herr Emanuel Stockhausen, war als Dr. Schön einfach unübertrefflich. Ein bis ins kleinste dringendes Charakterisierungsvermögen, verbunden mit einer vollendeten Sprechtechnik vereinen sich bei dem hervorragenden Künstler zu einem harmonischen Ganzen, dem man nur Bewunderung zollen darf. Auch die übrigen Rollen waren erstklassig besetzt. Die Regie unter Leitung des Herrn Feßner-Hamburg hatte für ein tadelloses Zusammenspiel gesorgt. Im Theater sah man, wie gewöhnlich, zahlreiche Leute, die nicht da waren; dieselben haben sich selbst um einen genußreichen Abend gebracht. P. L.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiet und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

8. Distrikt, Holstentor-W.
Freitag, den 28. Februar, im „Vereinshaus".

Für die mir gewährte Unterstützung vom Verband der Hafenarbeiter (lokal) sage meinen besten Dank.

Friedrich Duniza.

Ein freundliches Logis
ist sofort zu vermieten Klappenstraße 15 a.

Logis zu vermieten
Birkenstraße 4, b. d. Schulstraße.

Zu vermieten **2 flotte Damen-Masken-Anzüge** Friedenstraße 15, pt.

Hübscher Damen-Masken-Anzug billig zu vermieten Wickedestraße 14, III.

Elegante saubere Maskengarderobe für Damen und Herren in großer Auswahl billig zu vermieten
Ellerbrook 14.

---

2 elegante Damen- und 1 Herren-Maskenanzug zu vermieten
Reiferstraße 41, I.

Junge Frau sucht Beschäftigung in Reinmachen. Wolf, Glockengießerstr. 52/2.

Klempner-Lehrling gesucht
Kittel, Adolfstraße 23.

Schneiderin empfiehlt sich
in und außer dem Hause.
M. Beutin, Mittelstraße 24 a, I.

Handarbeit. Eine neue Bettdecke über 2 Betten und eine neue Kinderwagendecke zu verkaufen Reiferstraße 22 a.

Unterhaltener Kinderwagen zu verkaufen
Kl. Gröpelgrube 17, II.

Phonograph mit Walzen billig zu verkaufen
Lichte Querstraße 7, I., h.

Ein Waschtisch billig zu verkaufen
Velzerstraße 20, I.

Zu verkaufen **ein gutfingender Kanarienhahn** (St. S.), fl. Tag- und Lichtsänger, Preis 6 Mk. Fischergrube 71, II.

Eine Ziege zu verkaufen.
Ludwig Hagen, Herrnburg.

Empfehle:
Krummesser, Buntekuh- und Wesselschen Doppelkümmel.
AUG. MAASS, Heinrichstraße 18.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Fckln. 10.
sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	2,20—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	1,08—2,35
Zwirn-Hosen	1,68—3,25

Leinene Jacken, schräge und gerade, 1,28
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken
Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 50 Pfg. bis 1,88 Mk.
Rote Quittungsmarken.

Billiger
Möbelverkauf
bis zum 21. März
Mühlenstraße 54.
Komplette Schlafzimmer
von 80 Mk. an.
Garnituren von 75 Mk. an.

Zum Heringebacken empfehle ich
Schmalzfett

gelblich	Pfund 46 Pfg.
weiß	50 Pfg.
Margarine	Kilo 100 Pfg.

Ludw. Hartwig.

Rechnungs-Formulare
liefert
Die Druckerei des Lüb. Volksboten
Johannisstraße 46.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung

Johannisstraße 46 ▭ LÜBECK ▭ Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung von
Plakaten
Broschüren
Flugblättern
Statuten
Mitgliedskarten
Eintrittskarten
Programmen
Festliedern.

Herstellung sämtlicher
Buchdruckarbeiten
in ein- u. mehrfarbigem Druck
Für Massenauflagen: Rotationsdruck.
Solide Preise. — Prompte Lieferung.
Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung von
Briefbogen
Kouverts
Rechnungen
Quittungen
Mitteilungen
Adresskarten
Zirkularen
Visitenkarten.

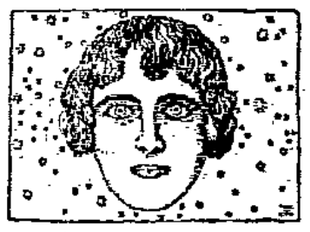
ULLSTEINS
WELTGESCHICHTE

Die Geschichte der Menschheit; ihre Entwicklung in Staat und Gesellschaft, in Kultur und Geistesleben,

herausgegeben unter Mitarbeit von 23 hervorragenden deutschen Gelehrten von

Prof. Dr. J. von Pflugk-Harttung
Archivrat am Königlichen Geheimen Staatsarchiv zu Berlin

Keine Weltgeschichte im alten Sinne des Wortes will dieses Werk sein, keine blosse Aufzählung von Kriegen und Schlachten, von Fürsten und Königen, von höfischen und diplomatischen Verwicklungen will es bieten. — Was es gibt, ist unendlich mehr, ist eine Darstellung des gesamten menschlichen Strebens und Wirkens nach jeder Richtung hin, ist schlechthin die „Geschichte der Menschheit". — Mit dem Herausgeber Professor Dr. J. von Pflugk-Harttung haben sich die hervorragendsten Gelehrten zur Abfassung dieses monumentalen Werkes verbunden. Von der Urzeit, die der Beitrag von Ernst Haeckel veranschaulicht, bis zur unmittelbaren Gegenwart, die in Karl Lamprecht ihren Darsteller gefunden hat, werden sämtliche Epochen der Menschheitsgeschichte von ihren berufensten Kennern geschildert.



Unterstützt und veranschaulicht wird die Darstellung durch Tausende von Illustrationen, bunte und einfarbige Tafeln, Darstellungen nach zeitgenössischen Kupferstichen, Holzschnitten, Flugblättern, Karikaturen, Karten, Münzen etc. Auf diesen Bilderschmuck wurde ein ganz besonderes Gewicht gelegt. Langjährige, eifrige Arbeit in Bibliotheken, und Archiven, in Klöster und Museen, im Inland und Ausland, hat es ermöglicht, ein Material zu veröffentlichen, wie es in einer solcher Seltenheit und Vollständigkeit noch nie geboten wurde.

Ullsteins Weltgeschichte erscheint in zwei Gruppen: „Aeltere Zeit" und „Neuere Zeit". Jede Gruppe ist in sich abgeschlossen und umfasst 80 Lieferungen à 60 Pfg. oder 3 Bände à 20 Mk. in dem von Prof. Franz v. Stuck entworfenen Originaleinband.

Zuerst erscheint die „Neuere Zeit". Verlangen Sie sofort kostenlose unverbindliche Ansichtssendung der ersten Lieferung, oder nehmen Sie Einsicht in den ersten Band bei:

Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Achtung!
Lastadiearbeiter!
Sektions-Versammlung
am Freitag, 28. Februar,
abends 8½ Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:
Innere Sektionsangelegenheit.
NB. Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet
Der Vorstand.

Sonnabend und Sonntag:
Gr. Bockbierschmaus.
Hierzu ladet ergebenst ein
Leukefeld, Restaurateur,
Fleischhauerstr. 34 (Bayrische Burg).

Hansa-Theater
Heute Donnerstag, 27. Februar:
III. Gastspiel des Tegernseer Bauerntheaters.
Der Lehrer von Seespitz
Oberbayerisches Volksstück mit Gesang und Tanz in 4 Akten v. Christ. Flüggen.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Arbeiter-Radfahr.-Verein Herrnburg.
Gr. Masken-Ball
am Fastnachtssonntag (1. März).
Eintritt für Herren 60 Pfg., Damen 30 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
Der Vorstand.
NB. Die Bundesgenossen werden hiermit freundlichst eingeladen. Preis wie gewöhnlich.
D. O.

Einladung zum
BALL
der Arbeiter der Firma Bernhöft & Wilde
am Freitag, den 28. Februar,
im Lokale des Herrn **Borgwardt, Central-Hallen.**
Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.
Eintritt 1 Mark, Damen frei.
Das Komitee.

Stadt-Theater.
(Provisorium)
Direktion: **L. Piorkowski.**
Freitag, 28. Februar. 8 Uhr.
109. Abonn.-Vorst. 22. Freitags-Ab.
Sensationeller Erfolg!
Zum 4. Male.
PANNE.
Lustspiel in 3 Akten von Skowronnek.
Sonnabend: Jeder Platz 50 Pfg.
Das Blumenboot.
Sonntag 4 Uhr. Kleine Preise.
Unsere Käte.
Abends 7 Uhr: **Die lustige Witwe.**

Prima Holsteinischen Landschinken
— auch im Ausschnitt —
empfiehlt
Th. Storm Nachf., Königstr. 98.
Fernsprecher 473.

Wirklich hochfeinen alten Holländer Käse, Tilsiter Voll- und Halbfett-Käse
empfiehlt
Th. Storm Nachf., Königstr. 98.
Fernsprecher 473.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 49. Donnerstag, den 27. Februar 1908. 15. Jahrg.

Aus dem Lande des Elends.

In 29 von den 50 Gouvernements des europäischen Rußlands herrscht Hungersnot. Die Mißernte hat diesmal fast den ganzen Süden getroffen, das Gebiet des Weizenbaues, das zentrale Rußland, zum Teil Russisch-Polen. Dabei sind 10 Gouvernements das zweitemal hintereinander von der Mißernte getroffen worden, 8 das drittemal hintereinander. Das Elend ist unsagbar. Menschen sterben buchstäblich Hungers, ganze Völker sterben aus; die Sterblichkeit der Säuglinge ist enorm. Skorbut, Hungertyphus wüten den ganzen Winter, und wenn der Frühling kommt, werden andere Seuchen noch Tausende und Abertausende der entkräfteten Menschen dahinraffen. Dabei wächst das Unheil lawinenmäßig an. In vielen Gouvernements ist die Ernte nur zum geringen Teil durch die Witterung herbeigeführt, denn die bestellten Acker lieferten mittelgute Ernte, der Hunger kam, weil viele Tausende von Bauern den Acker nicht bestellen konnten; teils, weil sie kein Arbeitsvieh mehr hatten, das im Vorjahre verkauft werden mußte oder einging, teils, weil sie kein Saatgetreide beschaffen konnten. Wo die Regierung Saatgetreide lieferte, da ging die Saat nicht auf, weil der Klosettthändler Lidval und sein hoher Protektor, Vizeminister Gurko, statt Getreide Dreck lieferten, Roggen, der als unverkäuflich jahrelang auf den Speichern gelegen hatte und nicht mehr keimfähig war. Gurko ist inzwischen in Ungnade gefallen, aber es wird gemeldet, daß auch im verflossenen Herbst ganz dieselben Zustände herrschten. Die handelnden Personen wechseln, die Tragödie bleibt. Auch jetzt wurden gewaltige Flächen nicht mit Wintergetreide bestellt, weil das Saatgetreide in den Dörfern eintraf, als bereits Schnee die Fluren bedeckte, auch jetzt wurde unbrauchbares Korn geliefert. Rußland geht dem vierten Hungerjahre entgegen in unmittelbarer Reihenfolge; das Jahr 1908 wird wahrscheinlich noch schlimmer werden, als seine drei Vorgänger.

Das gräßliche dabei ist, daß die Menschen diesem ungeheuren Elend vollständig apathisch gegenüberstehen. Früher haben Hungersnöte die ganze sogenannte „Gesellschaft" in Unruhe versetzt und eine Hilfsaktion gezeitigt, jetzt merkt man kaum etwas davon. Das erklärt sich vor allem daraus, daß in den „Semstwo", den eigenartigen Selbstverwaltungsbehörden, die Reaktion obgesiegt hat. Vor der Revolution hatten in vielen dieser „Semstwo" die liberalen Elemente unter den Grundbesitzern und die sogenannte „Intelligenz" die Oberhand, weil die Konservativen zu faul und zu dumm waren, um das zu verhindern; als aber die Revolution kam, als die Bauern ihre Forderung geltend machten, als sie in vielen Gegenden ihren Ausbeutern den roten Hahn aufs Dach setzten, da erwachten die Auerochsen, die erzreaktionären Krautjunker, und fuhren auf, um die liberalen „Semstwo" niederzutrampeln. Die Strafexpeditionen machten ihnen Mut. Als die Reaktion kam, als die Schergen des Zaren, die im Herbst 1905 den Kopf verloren hatten, wieder Mut gewannen und diesen Auerochsen ihre Unterstützung bieten konnten, waren die „Semstwo" geliefert. Seit anderthalb Jahren wütet diese wilde Horde und verwüstet alles, was irgend noch zu verwüsten ist. Deshalb ist jede Aktion der Selbstverwaltungskörper lahmgelegt, deshalb können die hilfsbereiten und opferfreudigen Elemente, die in früheren Hungersnöten auf dem Plan erschienen, nichts ausrichten. In den meisten Gouvernements herrscht überdies der Belagerungszustand; die Paschas schalten nach Gutdünken; jeder, der es versucht, den hungernden Bauern Hilfe zu leisten, wird als Hochverräter in den Kerker geworfen, jeder Zeitungsredakteur, der es wagt, über die herrschende Not zu schreiben, riskiert, daß sein Blatt vernichtet wird. Deshalb liest man nichts mehr in den Zeitungen über die Hungersnot, deshalb regt sich nichts, um Hilfe zu leisten. Der weiße Terror hat die private Initiative unmöglich gemacht. In Petersburg und Moskau tanzt man! Der Karneval ist glänzend, wie noch nie, Ball folgt auf Ball, in rauschenden Festen feiert die Konterrevolution ihren Triumph; das Röcheln des am Hunger sterbenden Landes wird übertönt von der Tanzmusik und dem Knallen der Champagnerpfropfen. Ein Wahnsinnsrausch, ein Taumel auf dem Vulkan. Zwischen Diner und Ball unterzeichnen die Gouverneure Bluturteile der Kriegsgerichte.

Das Land stirbt am Hunger. Trotzdem finden wir in den Handelsberichten Ausfuhr von Brotkorn aus Rußland registriert. Spärlicher zwar fließt der Strom, aber versiegt ist er nicht. Immer noch kommt über die baltischen Häfen und über Warschau russischer Roggen und Weizen auf den Weltmarkt. Der Bauer verhungert, aber der Herr hat noch Getreide am Lager, führt es aus und freut sich der hohen Preise. Aber auch eine andere Tatsache registrieren die Handelsberichte. Rußland kauft Getreide! Argentinischer Weizen geht nach Odessa, deutscher Hafer wird über die Landesgrenze und über Danzig nach Rußland verfrachtet. Noch ist ja Geld im Lande, noch kann man Weizen für den Gebrauch der Reichen kaufen, Hafer für die schönen Traber vor den Karossen der Bourgeois und der Tschinowniks. Das Land stirbt am Hunger, aber der aufgespeicherte Mehrwert, den Proletarier geschaffen, der Tribut, den man dem Bauern erpreßt hat, ist noch vorhanden, noch rollt das Geld.

Das Land hungert, die Bauern sterben in Massen dahin. Das wirkt natürlich ein auf die russische Industrie. Diese Industrie ist in viel höherem Maße von dem Ergebnis der Ernte abhängig, als dies in den Ländern des Westens der Fall ist. Die Bauern sind es, für deren Bedarf die Baumwollfabriken in Moskau und Lodz ihren Schund produzieren, die Bauern sind die Abnehmer der Eisenindustrie, der keramischen Industrie, der Lederindustrie usw. Stockt der Absatz, weil der Bauer nichts mehr zu verkaufen hat und folglich auch kein Geld hat, so stockt die Industrie. Deshalb wütet die industrielle Krise, und zu dem Elend der Bauern gesellt sich das Elend von Tausenden und Abertausenden Industriearbeitern, die brotlos geworden sind.

Dabei wirken noch andere Elemente mit, die diese Krise verschärfen. Von Anfang an war die russische Industrie abhängig von der Wirtschaft des Staates; vor allem die Montanindustrie. Der Staat baute mit den in Europa gepumpten Milliarden Bahnen — zum großen Teil Bahnen, die nicht volkswirtschaftlichen Bedürfnissen dienen, sondern Eroberungsgelüsten, strategische Bahnen, die deshalb auch nichts einbringen, sondern Zuschüsse erfordern. Der Staat verwendete ferner diese Milliarden dazu, Heer und Flotte auszurüsten und Festungen zu bauen. Das gab Arbeit für die Industrie. Die Lieferanten von Eisenbahnmaterial, von Waffen, von Schiffsmaterial, von Zement, die Bauunternehmer hatten gute Tage. Verdient wurde dabei fabelhaft, denn es ist notorisch, daß der Staat wahnsinnig hohe Preise zahlte und stets und immer Schund geliefert bekam. In der Mandschurei hat man es ja gesehen: Eisenbahndämme, die rutschen, Schienen, die brechen, Festungsmauern, mit Lehm und Dreck statt mit Zement gemauert, Bomben, die nicht in die Kanonenläufe passen, Kanonenläufe, die platzen, Schuhwerk mit Sohlen aus Pappe, Tuch aus alten Lumpen usw. usw. in endlos grotesker Fülle. Dafür aber in den Bilanzen der riesigen Industrieunternehmen fabelhafte Gewinne aus den Staatsaufträgen. Was Wunder, wenn diese Industrie sich nicht um den technischen Fortschritt kümmert, noch um kaufmännische Rührigkeit, was Wunder, wenn sie nicht daran dachte, für den Bedarf des Landes zu arbeiten, wo solche Wuchergeschäfte auf Staatskosten winkten. Der russische Acker braucht Pflüge, aber die kommen aus Deutschland und England, denn die russischen Fabriken ziehen es vor, verpfuschte Lokomotiven zu bauen, die der Staat nimmt und an denen 100 Prozent „verdient" werden. Der russische Bauer braucht Geräte, aber es fällt dem Unternehmer nicht ein, sie zu produzieren, denn dazu bedarf es der Intelligenz und des kaufmännischen Geschickes, um das richtige Produkt herzustellen und den Markt zu bedienen; es ist viel einfacher, durch Bestechung sich staatliche Aufträge zu sichern. Deshalb herrscht in der russischen Industrie ein unglaublicher Schlendrian, eine unglaubliche Rückständigkeit und Unbeholfenheit. Nun kam der große Kladderadatsch: der Krieg führte zum Staatsbankrott, die Staatsbestellungen mußten auf ein Minimum reduziert werden, die Fabriken, die infolge der Rückständigkeit ganz außerstande sind, zu andern Produktionsformen überzugehen, liegen brach. Zehntausend von Arbeitern flogen aufs Pflaster.

Dem Staatsbankrott folgte der Kreditkrach. Rußland ist ein durchaus kapitalarmes Land, sein Bankwesen ist asiatisch rückständig. Der Geldumlauf konzentriert sich in der Staatsbank die vollständig abhängig von der Regierung ist. Seit die Regierung nicht in Europa pumpen kann, ist diese Bank auf der Kippe: ihre Mittel sind aufs äußerste angespannt, sie kann nicht daran denken, dem Kreditbedarf beim Warenumsatz zu dienen. Dieser Kreditbedarf ist aber infolge eben des allgemeinen Kapitalmangels ein sehr großer. Der russische Kaufmann kauft stets gegen Wechsel und zwar gegen unheimlich langfristige Wechsel. Diese Wechsel werden von den Fabrikanten in den Banken diskontiert und von diesen bei der Staatsbank oder bei ausländischen Banken rediskontiert. Der Staatsbank „ging die Puste aus" — sie mußte den Diskont aufs äußerste einschränken; die ausländischen Banken besahen sich, als die Zustände in Rußland infolge des Krieges wackelig wurden und die Ausfuhr von Getreide, mit dem Rußland seine Schulden im Auslande zahlt, infolge der Mißernten stockte, die russischen Wechsel zehnmal, ehe sie darauf Geld hergaben. Als dann in den Jahren 1906 und 1907 in ganz Europa die Hochkonjunktur kam und die Kapitalien vollauf Anlage fanden, als „Geld teuer wurde", war erst recht für Rußland kein Kredit mehr im Auslande zu finden. Diese Kreditstockung mußte natürlich in der fatalsten Weise einwirken. In Warschau z. B., wo der Handel mit polnischen Industriewaren für Rußland sich konzentriert und zum großen Teil auch der Handel mit deutschen und österreichischen Waren für den russischen Markt, ist die stehende Klage, daß selbst der verminderte Bedarf nicht zu decken ist: denn kaufen wollen die russischen Kaufleute schon, aber Bargeld haben sie nicht, und mit ihren Wechseln ist nichts zu machen. Warten, bis die Wechsel fällig sind, können die Fabrikanten und Kommissionäre nicht; folglich stockt der Handel am Kreditmangel.

Alles das wirkt also dahin, die Krise zu verschärfen. Viele Fabriken liegen brach, viele arbeiten mit großen Einschränkungen — zwei, drei Tage in der Woche. Das bietet natürlich den Unternehmern erwünschte Gelegenheit, die Löhne zu drücken. Die Arbeiter haben in den Jahren 1905 und 1906 die Koalitionsfreiheit mit ihrem Blute erkämpft und haben Lohnerhöhungen erzwungen. Jetzt wütet die Konterrevolution, die Schergen des Zaren sind den Arbeitern an der Gurgel, sie machen Streiks unmöglich, außerdem aber liegen tausende von Arbeitslosen vor den Toren und vom Lande strömen die hungernden Bauern herbei und bieten ihre Arbeitskraft zu jedem

König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge.

(34. Fortsetzung.)

„Wo? Wo?" fragten im Augenblick zwanzig kräftige Stimmen.

„Hier ist er!" schrie Wilkins. „Hier im Hause sitzt er!" und plötzlich hatte sich ein Volkshaufe vor der Tür der Kneipe gesammelt. — In einer Minute war man ihrer Meister, und in der nächsten stand der unglückliche Matrose draußen auf der Steinbank von den kräftigen Fäusten einiger wildblickenden Arbeiter gehalten.

Es war Jeffreys. Mit furchtbarem Jubelgeschrei wurde er erkannt. Zwar hatte er die Augenbrauen abgeschoren, aber seine rollenden Augen und sein zuckender Mund konnten keinem anderen sterblichen Wesen angehören.

Hundert Fäuste hoben sich gegen ihn auf, Äxte wurden geschwungen, Steine flogen gegen ihn. Der Mann, welcher Jahre lang so unsägliches Entsetzen verbreitet, den das Weib haßte wie der Greis, er war in den Händen einer erbitterten Menge, wo jedes Auge vor Rachelust glühte.

In namenloser Todesangst stand der Kanzler, halb erwürgt von Fäusten, unter deren Druck er sich bog. Zuweilen stieß er einen brüllenden Schrei aus, der wieder schnell erstickte. Er hob die Arme flehend empor, und seine irrenden Blicke suchten vergebens irgend eine Rettung. Plötzlich erblickte er Howe und Lätitia außerhalb des schrecklichen Kreises seiner mordlustigen Peiniger, und alle seine Kräfte verzweiflungsvoll anstrengend, rief er ihren Namen und versuchte von der Bank zu springen.

In diesem Augenblicke eilte Wilkens mit einer Abteilung Stadtsoldaten herbei und stürzte sich mitten in den dichten Volksstrom, ihm sein Opfer zu entreißen. Wütende Weiber hatten sich auf den Kanzler geworfen und an seinen langen Haaren ihn zu Boden gerissen; ein paar Fuhrleute von riesenhafter Gestalt traten ihn mit Füßen und bearbeiteten ihn mit ihren Peitschenstöcken. Es war ein Toben und Brüllen um seinen Körper, das deutlich zeigte, wie in wenigen Minuten nichts von dem fürchterlichen Jeffreys mehr sein werde, als eine entstellte, unbarmherzig zerstörte, blutige Masse.

Mit der Wut eines Tigers schleuderte Wilkins die Angreifer nach allen Seiten fort und machte sich Bahn. „Zurück", schrie er, „im Namen des Gesetzes! Zurück, Ihr Banditen! Zurück, wenn Ihr nicht sterben wollt!"

Die Stadtwachen eilten ihm zur Hilfe. Er richtete den Kanzler auf, der fürchterliche Peitschenhiebe über sein Gesicht erhalten hatte, aber Wilkins sogleich erkannte.

„Wilkins!" wimmerte er, „rette mich, rettet mich, Ihr guten Leute, helft mir fort, ich will es Euch lohnen."

„Zum Lord-Mayor!" schrie Wilkins. „Fort zum Lord-Mayor nach dem Rathause, und wehe dem, der es wagt, noch eine Hand gegen ihn zu erheben."

Der Zug setzte sich in Bewegung. Wilkins und ein Soldat führten Jeffreys, der zitternd, von Schmerzen gepeinigt, blutig und zerschlagen sich kaum auf den Beinen erhalten konnte. Dann und wann wurde das wilde Geheul des Haufens, der sein Opfer sich entrissen sah, von einer neuen Anstrengung unterbrochen, es wieder zu erlangen. Durch den dichten Kreis der Wächter langten sehnige nackte Arme nach dem halbtoten Kanzler, Steinstücke flogen nach ihm hin, mit großer Anstrengung war es nur möglich, die Tür der Bürgermeisterei, Mansionhouse, zu erreichen.

Der Lord-Mayor saß mehr tot wie lebendig dort auf seinem Stuhle. Er wußte, wie wenig er selbst beliebt war, wie sehr das Volk seine dienstfertige Untertänigkeit gegen Jakobs Regierung mit Hohn und Zorn strafte, wie unfähig er war, und wie er gekrochen und geschmeichelt hatte. — Jetzt hörte er draußen das Gebrüll, das wie der Donner eines wilden Meeres die Luft erfüllte, und vor ihm stand der mächtigste Mann in England, er, der vor wenigen Tagen noch mit einem Stirnrunzeln das ganze Reich zum Zittern brachte, zerfetzt, kaum dem Tode entronnen, blutig, mit wahnsinnigen Blicken und flehte um Erbarmen.

Der Lord-Mayor fiel in Ohnmacht und Krämpfe bei diesem Anblick, man brachte ihn fort ins Bett, und am dritten Tage war er tot.

„Um Gottes Barmherzigkeit!" schrie Jeffreys händeringend, „holt Wachen herbei, bringt mich in's Gefängnis, schafft einen Haftsbefehl, aber öffnet die Türen nicht, laßt mich nicht frei. Nur keine Freiheit, keine Freiheit!"

Nach einer Stunde voll entsetzlicher Angst kam der Befehl des Lords aus Whitehall, ihn in den Tower zu schaffen. — Eine ungeheure Menschenmenge belagerte Mansionhouse, jeden Augenblick mußte man erwarten, daß die Türen gesprengt, der Widerstand überwältigt und Jeffreys an den Haaren herausgerissen wurde, um den schrecklichsten Tod zu sterben.

Der Kanzler saß in einem Winkel, betend wie es schien, zusammengekrümmt, von allem Mut verlassen. Endlich stürzte Wilkins herein.

„Die Miliz ist da, ein Wagen bereit," rief er atemlos, „kommt, es wird Euch kein Leid geschehen."

„O Gottes Segen über Dich, Gottes Segen, mein treuer Wilkins!" schrie Jeffreys. „Kommt, kommt, aber schützt mein Leben. Ich bitte Euch auf meinen Knieen, helft mir davon!"

Zwei Regimenter Miliz waren aufgestellt. Ihre Pferde umringten die Kutsche nach allen Seiten, ein Wald von Piken füllte die ganze Straße, aber die rasende Volksmasse drängte sich durch die Glieder, und ihr Wutgeheul: „Gebt uns den Schurken! Heraus mit dem Mörder Russells und Sidneys!" machte den elenden Mann fast wahnsinnig.

Er lag in der Kutsche auf seinen Knieen, seine gerungenen Hände über den Kopf erhoben; bald erschien an dem einen Fenster, bald an dem andern sein entsetzliches, schwarzes und blutiges Gesicht. „Haltet sie auf! Treibt sie zurück, Gentlemen!" schrie er in der furchtbarsten Angst, „um Gottes Willen, haltet sie auf!"

Die Kavallerie mußte mehrmals gegen die Haufen anreiten, um sie zurückzutreiben, und während ihre Trompeten zum Angriff bliesen, ihre Waffen klirrten und das gräßliche Wutgeheul sich verdoppelte, litt Jeffreys alle Bitterkeit des Todes. — Endlich waren die düsteren Tore des Towers erreicht. „Gerettet! gerettet!" rief er in wahnsinniger Freude. „Gebt mir ein sicheres Zimmer, feste Türen, feste Gitter!" — Seine Bitte wurde vollständig erfüllt.

Der König hatte die ganze Nacht über seine Flucht am südlichen Ufer der Themse fortgesetzt. Überall fand er frische Pferde, und immer saß Sir Eduard Hales auf dem Bock und trieb das Fuhrwerk zur größten Eile an. Endlich kam

Preise an. Da kennt der Übermut der Unternehmer keine Schranken mehr, da blüht die Taktik des Lockouts, die Taktik des Aushungerns, alle wirtschaftlichen Errungenschaften der Arbeiter werden rückgängig gemacht. Die Folge ist der wirtschaftliche Terror und das Ueberhandnehmen des Räuberunwesens: zur Verzweiflung getriebene Arbeiter knallen Unternehmer und Fabrikdirektoren nieder, brotlos gemachte Arbeiter werden zu Straßenräubern und Banditen, zumal die aufgeregte Zeit der Revolution schwache Charaktere aus dem Gleis warf.

Dazu kommt noch ein weiteres. Das letzte Jahr zeitigte in Rußland eine sprunghafte Verbreitung der Unternehmerverbände, die in erster Linie dahin wirken, die Preise in die Höhe zu schrauben. Fast kein Industriezweig, in dem nicht in dieser oder jener Form solche Preiserhöhungen infolge von Abmachungen der Produzenten stattfinden. Dieser Warenwucher kann um so mehr blühen, als erstens die Zölle für Industriewaren durch den neuen Tarifvertrag mit Deutschland erhöht wurden, und zweitens die Kreditkrise das Entstehen neuer Unternehmungen erschwert. Beides bewirkt, daß jene Verbände vorläufig keine Konkurrenz zu befürchten haben. So haben wir denn zurzeit in Rußland die eigenartige Erscheinung vor uns, daß trotz der Krise die Warenpreise nicht fallen, sondern steigen, daß in den russischen Städten überall über eine nie dagewesene Teuerung der Industriewaren geklagt wird. Dazu kommt die Teuerung der Lebensmittel infolge der Mißernte. So ist auch das städtische Proletariat in unheilvoller Weise verheerenden Schlägen ausgesetzt: Arbeitslosigkeit, Lohnreduktionen und gleichzeitig Teuerung.

J. Karski.

Soziales und Parteileben.

Ernste Differenzen im deutschen Schneidergewerbe. Die örtlichen Verhandlungen in vierzehn Städten des Deutschen Reiches über die Neuforderungen der Schneidergehilfen haben nur für einige Städte zu einer Verständigung geführt. Dagegen in sechs Städten: „Leizig, Erfurt, Jena, Danzig, Wernigerode und Hildesheim" sind die örtlichen Verhandlungen völlig gescheitert. Um die drohenden Streiks bezw. Aussperrungen noch im letzten Augenblick zu verhindern, sind die beiderseitigen Zentralvorstände übereingekommen, in einer Konferenz zu Leipzig noch einen letzten Versuch zur Beilegung der Differenzen zu machen. Hieran nehmen auf Arbeitgeberseite zwei Vertreter des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe und auf Arbeitnehmerseite je zwei des Verbandes, des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins und des Christlichen Verbandes der Schneider teil, sowie je zwei Vertrauensmänner der in Frage kommenden Städte, sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer.

Ein Protest der Ruhrbergleute. Im „Schützenhof" zu Bochum tagte am Sonntag eine Riesenversammlung der Bergarbeiter. Sie war von über 7000 Männern besucht. Nach den Referaten Hués, Sachses und Pokornys wurden folgende Resolutionen angenommen:

I.

Die auf dem „Schützenhof" in Bochum stattfindende, von über 7000 Ruhrbergleuten besuchte Versammlung erklärt: Der neue Reichstag hat die entsprechend den gemachten Wahlversprechungen auf ihn gesetzten Hoffnungen hinsichtlich einer entschiedenen, großzügigen Sozialpolitik nicht erfüllt. Trotz gegenteiliger Versicherung erblickt die Versammlung in dem Arbeitskammergesetzentwurf keinen Versuch, der Arbeiterklasse eine wirksame Vertretung ihrer Interessen zu geben, sondern offensichtlich soll wieder eine Institution geschaffen werden, die eine Handhabe bietet zur Verschleierung der sozialen Übelstände. In dem Gesetzentwurf, betr. Reichsvereinsgesetz, kommt unverkennbar ein kleinlicher Polizeigeist und eine das arbeitende Volk entwürdigende Sucht zur Bevormundung zur Geltung. Insbesondere ist es nicht zweifelhaft, daß der § 7 (Sprachenparagraph), würde er in der vorgeschlagenen Form zum Gesetz erhoben, sich direkt gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter in Rheinland-Westfalen richtet. Den ohnehin sehr mächtigen Industriellen würde durch ein auch nur indirektes Verbot, in nichtdeutscher Sprache die zirka 200 000 nicht der deutschen Sprache mächtigen Arbeiter im Industriebezirk über ihre wirtschaftlichen Interessen aufzuklären, eine neue Zuchtrute für die Arbeiter in die Hand gegeben.

Deshalb protestiert die heutige Versammlung energisch gegen den sogenannten Sprachenparagraph im Reichsvereinsgesetzentwurf und bittet die Vereinsgesetzkommission des Reichstags und überhaupt sämtliche Volksvertreter, nur einem Vereinsgesetz ihre Zustimmung zu geben, das aufräumt mit aller bureaukratischen und polizeilichen Bevormundung des Volkes.

II.

Die heute im „Schützenhof" zu Bochum tagende, von über 7000 Bergarbeitern besuchte Versammlung ist mit der Haltung der Ältesten völlig einverstanden; der verlangte Ersatz für das Kindergeld war das mindeste, was sie verlangen mußten. Die Versammlung erwartet, daß auf dieser Grundlage das Statut möglichst bald zustande kommt.

Es gereicht den invaliden Ältesten, die sich durch die Abstimmung zum Teil selbst schädigten, zur hohen Ehre, daß sie das Interesse der aktiven Kameraden so hoch hielten. Die Versammlung spricht auch ihre Freude aus über die Haltung der meisten Redner im Reichstag, die kräftig für reichsgesetzliche Regelung der Berggesetzgebung eintraten.

Um so tadelnswerter ist die Haltung der Regierung, die sich grundlos gegen ein für die Bergarbeiter günstiges Reichsgesetz sträubt, und damit nur den Interessen der Scharfmacher dient. Der preußische Landtag hat doch zur Genüge gezeigt, daß von ihm die Bergarbeiter nichts zu erwarten haben. Solange das elende Dreiklassen-Wahlsystem besteht, bei welchem 85 Prozent der Wähler tatsächlich rechtlos sind, ist auch keine Besserung zu erwarten. Die Bergarbeiter sind deshalb erst recht verpflichtet, auch mit allen Kräften die Einführung des geheimen und gleichen Wahlrechts für den Landtag zu verlangen.

Streik der Münchener Droschkenkutscher und Chauffeure. Am Sonnabend 6 Uhr traten in München die Droschkenkutscher und Automobilführer in den Ausstand. Sie ließen durch die Organisation, den Handels- und Transportarbeiterverband, ihren Unternehmern einen Lohntarif unterbreiten. Die Innung beschloß in einer Versammlung, mit der Organisation nicht zu verhandeln. Die Organisatin rief, um einen Ausstand zu vermeiden, die Vermittlung des Einigungsamtes an. Der Vorstand der Lohnkutscherinnung erschien am Sonnabend wohl zu den Einigungsverhandlungen, lehnte aber jede Verhandlung strikte ab, da eine Innungsversammlung beschlossen habe, sich in keinerlei Unterhandlungen einzulassen. Alle diesbezüglichen Ermahnungen des Vorsitzenden, Gerichtsrat Dr. Preiser, waren vergebens, so daß die Verhandlungen nach 2stündiger Debatte, weil aussichtslos, abends 6 Uhr abgebrochen werden mußten. Sofort wurden Boten nach allen Droschkenstandplätzen ausgesandt, um die Kutscher und Chauffeure von dem Scheitern der Verhandlungen und von dem Ausbruch des Streiks zu verständigen. In dem am Sonntag vormittag abgehaltenen Appell wurden 240 Ausständige gezählt. Die erste Münchener Chauffeuse, die erst seit 16 Tagen Dienst macht, erklärte sich mit ihren männlichen Kollegen ebenfalls solidarisch. — Der Betrieb wird durch die Droschkenbesitzer, ihre Söhne und einige Streikbrecher notdürftig aufrecht erhalten. Bewilligt haben bis jetzt 14 Lohnkutscherei- und 7 Kraftfahrzeugbesitzer. Der Streik macht sich zur jetzigen Karnevalszeit und bei dem schlechten Wetter unangenehm fühlbar.

Auf eine Eingabe des Buchdruckerverbandes beschloß der Stadtmagistrat Aschaffenburg, bei Vergebung städtischer Druckarbeiten nur die tariftreuen Buchdruckereien zu berücksichtigen. Damit ist das kleine Aschaffenburg größeren bayerischen Städten mit dem guten Beispiel vorangegangen. Das wird besonders den ultramontanen „Arbeitervertreter" Schirmer tief schmerzen; er hat erst vor einigen Tagen im Parlament den Buchdruckertarif als Ausfluß sozialdemokratischen Terrorismus denunziert, und nun läßt sich das schwarze Aschaffenburg selbst in solcher Weise terrorisieren!

Polizeilicher Unfug. In der Frankfurter „Volksstimme" lesen wir: Einer unserer Vertrauensleute des sozialdemokratischen Wahlvereins abonniert seit einiger Zeit das Berliner Anarchistenblatt: „Der freie Arbeiter", um sich über die Vorkommnisse in der „Anarchistenbewegung" zu informieren. Er steht weder mit den Anarchisten noch den Anarchosozialen sonst in irgend welcher Verbindung, wird aber trotzdem seit einiger Zeit (die Polizei bekommt vermutlich von der Post das Abonnementsverzeichnis des „Freien Arbeiters" ausgeliefert) ständig von der Polizei überwacht und in seiner Wohnung wie in seiner Werkstatt besucht und durchsucht. Trotzdem nie bei ihm etwas „Staatsgefährliches" gefunden wurde, außer einzelnen Nummern der erwähnten Zeitung, kommt die unermüdliche Polizei immer wieder. Freitag erschienen die „Kriminaler" nachmittags in der Schneider-Werkstatt, in welcher der betr. Genosse beschäftigt ist und durchsuchten unter Führung des Neubert sämtliche Arbeiter, wie auch den Meister des betr. Genossen. Auch Kunden waren eben im Geschäft, die Anzüge probieren und Stoffe bringen wollten, einer derselben wurde durch das Erscheinen der Polizei so erschreckt, daß er dem betr. Meister den Auftrag kündigte und seinen Anzugstoff wieder mitnahm. Unser Genosse fragt nun (und wir geben dieser Frage an das Polizeipräsidium weiter), mit welchen Rechte sich dieser Dr. Neubert solche Übergriffe erlauben darf? Allzuscharf macht schartig, das möge sich nur auch Dr. Neubert gesagt sein lassen. Wenn er durchaus einen Orden verdienen will, so ist ihm bei dem Fang so vieler immer noch unentdeckter Gauner und Räuber redlich Gelegenheit gegeben. Er lasse Leute, die ehrlich bestrebt sind, ihr Brot zu verdienen, in Ruhe, die Leute bekümmern sich ja auch nicht darum, welche Zeitungen er liest!

Statistik des Klassenbewußtseins. Die Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. des Deutschen Metallarbeiterverbandes veranstaltete im Anfange des vorigen Jahres bei ihren Mitgliedern eine Umfrage über die Zugehörigkeit zur Partei und zur Leserschaft der Parteizeitung. Den Fragebogen waren Aufnahmescheine für die Partei und Abonnementseinladungen für die Parteipresse angegliedert. Über das Ergebnis der Umfrage wird in dem soeben erschienenen Jahresbericht pro 1907 ausführlich berichtet. Es zeigt erneut, wie notwendig eine intensive Agitation für die Parteiorganisation und Parteipresse in den Gewerkschaften ist. — Die Verwaltungsstelle Frankfurt a. M., die im Jahre 1907 eine Mitgliederzunahme von fast 2000 (27,59 Proz.) zu verzeichnen hatte, zählte am Jahreswechsel 1906/7 — bei der Ausgabe der Fragebogen — 6230 Mitglieder. Von diesen füllten nur 2613 — also nur 41 Proz.! — die Fragebogen aus. Und dies, obwohl die Fragebogen den Mitgliedern zum Teil erneut ins Haus gebracht wurden. So ist es klar, daß von den 3617, die an der Statistik mitbeteiligt sind, nur ein geringer Prozentsatz Mitglied der Parteiorganisation oder Abonnent eines Parteiorgans ist. Denn man darf wohl von den organisierten Parteigenossen annehmen, daß sie eine derartige Statistik nach Möglichkeit unterstützen. Dieser Rückschluß beeinflußt wohl die Statistik im Verhältnis der Gesamtzahl der Mitglieder sehr ungünstig, muß aber in Betracht gezogen werden. Von den 2613 Mitgliedern, die den ausgefüllten Fragebogen abgaben, sind 974 = 37,32 Proz. politisch organisiert. Die Parteipresse abonnierten 1540 = 58,93 Proz. Davon entfielen auf die „Frankfurter Volksstimme" 1483, „Offenbacher Abendblatt" 41 und „Mainzer Volkszeitung" 16 Abonnenten. Die Mitglieder verteilen sich über sechs Reichstagswahlkreise. Von allgemeinem Interesse ist nun die Feststellung, daß die in den ländlichen Kreisen wohnenden Mitgliedern besser politisch organisiert sind, als die in Frankfurt wohnenden. Der Prozentsatz zu der Zahl der 2613 Mitglieder beträgt in Frankfurt a. M. für die politisch Organisierten 32,95 Prozent, im Wahlkreise Friedberg-Büdingen dagegen 70,58 Prozent! Auch das Verhältnis zur Parteipresse ist ähnlich. Frankfurt a. M. steht bezüglich der prozentualen Ziffer der Abonnenten eines Parteiorgans erst an vierter Stelle! — Eine Zusammenstellung über das Verhältnis der verschiedenen Altersklassen zeigt, daß die Altersklasse von 31—40 Jahren prozentual die günstigsten Ziffern zur politischen Organisation wie zur Leserschaft der Arbeiterpresse aufzuweisen vermag. Von den 974 politisch Organisierten gehören nur 103 für Jahre oder länger der Partei an. Fast 60 Proz. sind aber erst ein bis zwei Jahre organisiert. Ein großer Mangel der Statistik ist, daß nicht festgestellt werden konnte, inwieweit die Mitglieder Abonnenten bürgerlicher Zeitungen sind. Die Fragebogen enthielten wohl eine derartige Frage — der größte Teil der Mitglieder füllte sie aber nicht aus. „Er drückte sich an der Beantwortung der Frage vorbei," heißt es in dem Kommentar der Statistik. Das ist bedauerlich, aber auch sehr bezeichnend. — Durch die dem Fragebogen angefügten Aufnahmescheine wurden 150 Mitglieder für die politische Organisation und zweihundert Abonnenten für die Parteipresse gewonnen. Ein gewiß erfreuliches Ergebnis! Leider kann man dies von dem Gesamtresultat der Statistik nicht sagen.

Der sozialdemokratische Schiedsrichter. Auf Beschluß des Oberlandesgerichts Naumburg ist der Genosse Haupt in Magdeburg seines Amtes als Schiedsrichter enthoben worden. Genosse Haupt wurde im Herbst vor. Jahres von der Stadtverordnetenversammlung zum Schiedsmann gewählt. Der Landsgerichtspräsident bestätigte die Wahl und Haupt übte sein Ehrenamt einige Monate lang aus. Zu Anfang dieses Jahres erhielt er dann plötzlich eine Vorladung vor den Landgerichtsdirektor Schmutter, der ihn zu veranlassen suchte, sein Amt niederzulegen, da sich nach der Bestätigung herausgestellt habe, daß Haupt gerichtlich vorbestraft sei. Genosse Haupt weigerte sich, dem Verlangen nachzukommen. Er erklärte, daß die Stadtverordneten von seinen Vorstrafen Kenntnis gehabt hätten. Die Vorstrafen habe er sich übrigens im politischen Kampfe zugezogen; sie seien daher auch nicht ehrenrühriger Natur. Vom Landesgerichtsdirektor wurde darauf beim Oberlandesgericht Naumburg die

---

der Morgen, aber es dauerte lange, ehe er die düsteren Nebel abwarf, welche undurchdringlich zu sein schienen. Jakob saß im stummen Brüten in der Ecke des Wagens, den Hut tief in das Gesicht gezogen, den Mantel um den Kopf gewickelt; er wollte nichts mehr von England sehen und hören. Bei jedem Ton fuhr er zusammen, jeder rauhe Schrei von Bauern auf der Landstraße schlug ängstlich [illegible] sein Herz, überall glaubte er den Verfolger hinter sich.

„Da ist das Meer!" rief Sir Hales endlich, und der König starrte hinaus. Er sah den strahlenden Schild weit vor sich liegen und wieder verschwinden. Eine Hügelkette lief am Strande hin, eine tiefe Bucht schnitt sich darin ein, zur Seite lag das Fischerdorf Emley-Ferry, und in grauer Ferne zeigten sich die hohen Ufer der Insel Sheppey.

„Wo ist die Schlupp?" fragte der König. „Seht Ihr sie?"

„Dort liegt sie," sprach Hales, und über sein düsteres Gesicht lief die Freude der Befriedigung.

„Nun Gott sei Dank!" sagte Jakob, zum ersten Male wieder lächelnd, und er steckte den Kopf zum Wagenfenster hinaus und sog die frische Seeluft mit Vergnügen ein.

Sein Blick traf auf eine Gruppe Fischer, die ihre Netze aufnahmen, welche über lange Stangen geschlagen auf dem Hügel in der Luft trocknen sollten. — Es waren stämmige Bursche, trotzige, harte Gesichter, wie sie an der stürmischen Küste von Kent zu finden sind. — Sie starrten den Wagen und den König an, der in einem Anfall von Wohlwollen an seinen Hut faßte und ihnen zunickte. Als das Fuhrwerk an den Hügeln umbog, sah sie Jakob noch stehen und der seltenen Erscheinung nachstarren.

„Sie werden morgen sich der Sache wieder erinnern," murmelte der König, „und mit den Fäusten sich die Stirnen reiben. Aber da liegt ein Boot, Matrosen lehnen auf den Rudern. — Ist es das Boot der Schlupp, Sir Eduard? Erwartet es uns?"

„Es erwartet uns," sagte der schweigsame Hales.

Jakob sprang hinaus, und als er die Sohlen seiner Schuhe von dem Salzwasser benetzt fühlte, belebte sich sein verschrumpfter Körper. „O, wie liebe ich das Meer!" rief er, „es hat mir immer Ruhm und Sieg gebracht. — Und das ist ein schmuckes kleines Ding da, Hales. Es wird die Wellen scharf zerschneiden, mich schnell hinführen zu denen, die ich liebe. — O! meine Maria! — O! mein Sohn, mein Sohn! — Ja, wir werden wiederkehren, wir werden wieder einziehen in dies schöne England auf stolzen Schiffen mit hohen Borden und gesegnet von Gott triumphieren über alle Feinde der heiligen Kirche und meine Feinde."

Hales hatte inzwischen das Boot aufgesucht, aus dem Wagen wurde das kleine Päckchen geholt, in welchem der König einige Kostbarkeiten mitgenommen hatte, dann lohnte Sir Eduard den Wagen ab, der rasch am Strande hinfuhr, um denselben Weg nicht zurück zu nehmen, und in der nächsten Minute schwamm das Boot auf den Wellen der Schlupp entgegen, deren Segel im leichten Winde schlugen.

Auf den Hügeln am Strande hatten sich inzwischen die Bewohner des kleinen Ortes gesammelt, die dem tanzenden Boote nachschauten und bald im lebhaften Gespräch über dessen Inhalt begriffen waren. — Sie betrachteten die Schlupp mit mißtrauischen und begehrlichen Blicken. Es schien ein Schmuggler zu sein aus Jersey oder Wright, aber sie lag weit hinaus in der Bucht, und die Mannschaft hatte keinen Verkehr mit dem Lande. In der Nacht hatte sie Anker geworfen und in der ersten Frühe das Boot abgeschickt, das seine Ladung erwartete, indem es auf und abruderte.

Katholische Priester flohen oft so aus dem Lande und kamen geheimnisvoll zurück, jetzt aber hatte man zwei wie Edelleute gekleidete Herren an Bord gehen sehen, welche Neugier und Verdacht doppelt rege machten.

Die Fischer blieben noch lange beisammen und wurden um so begieriger, als sie bemerkten, daß das Fahrzeug sich nicht rührte. Die leichte Morgenbrise frischte stark auf und blies bald mit voller Kraft, die aufgezogenen Segel fielen jedoch wieder zusammen. Man sah die Mannschaft Anstrengungen machen, die Schlupp an den Wind zu bringen, aber kaum gehoben fiel der Anker wieder, und auf den hohen Wellen schaukelte das kleine Schiff heftig auf und nieder. Den ganzen Tag über standen Menschen am Ufer, welche das Fahrzeug betrachteten, ihre Bemerkungen machten und gierig berechneten, wie viel Geld und Gut die Jesuiten wohl da drinnen haben möchten und fortschleppten?

Mit ihren Gläsern konnten sie das Deck betrachten und bemerken, wie unruhig die Passagiere waren, wie sie nach Wind und Wetter ausschauten und mit dem Schiffer zu streiten schienen.

So war es wirklich. Jakob war kaum an Bord gekommen, als er die Anker zu lichten gebot, aber mit jeder Minute wurde die See unruhiger; hohe schwarze Wolken mit weißen Köpfen zeigten sich draußen und schwollen in der offenen See zu düstern Bergen an. Der Schiffsmeister erklärte nicht auslaufen zu können, da die Schlupp ohne Ballast sei und umgeweht werden würde wie eine Nußschale, sobald sie die Bucht verließe.

Der König war Seemann genug, um die Wahrheit einzusehen; aber er hätte gern jeder Gefahr Trotz geboten, hätte er den störrigen Schiffer überreden können. Alle seine Bitten und Versprechungen scheiterten jedoch an der Mutlosigkeit dieses Mannes. Nach den ersten Versuchen gab er alle ferneren auf; um keinen Preis der Welt wollte er in den gewissen Tod gehen, und den ganzen Tag über blies die Böe mit derselben Heftigkeit.

Erschöpft von so vielen Gemütsbewegungen saß der König in der kleinen Kajüte auf einem Haufen Segel und Taue. Er sah die Nacht niedersinken, während jede Minute ihm eine Ewigkeit dünkte. Das Wimmern des Windes im Takelwerk drückte seine Seele nieder, die voll Bangen und Zorn war; eine ungeheure Angst lag auf seiner Brust und preßte sie qualvoll zusammen.

Endlich trat Sir Hales herein, der gute Nachrichten brachte.

„Der Wind springt um und wird schwächer," sagte er. „In einer halben Stunde werden wir endlich aus dieser verwünschten Bucht sein."

„Gelobt sei Gott!" erwiderte der König sich bekreuzend. „Es ist Lärm auf dem Deck." —

„Sie heben den Anker," sagte Hales; „das Schiff schwimmt."

„Welch' Geschrei!" rief Jakob unwillig. — „Aber was soll das? — Was wollt Ihr? Wer seid Ihr?" — Er richtete diese letzten Worte an ein paar breitschultrige Gesellen, die plötzlich die leiterartige Treppe hinabsprangen und in die Kajüte traten.

(Fortsetzung folgt.)

Amtsenthebung Haupts beantragt auf Grund des § 9 der Schiedsmannsordnung, der die Kautschukbestimmung enthält, daß ein Schiedsmann „auch aus anderen erheblichen Gründen seines Amtes enthoben werden kann". Das Oberlandesgericht sah den vom Landgerichtsdirektor angeführten Grund als erheblich an und erkannte auf Amtsenthebung, denn „es sei nicht anzunehmen, daß ein Schiedsmann mit diesen Vorstrafen das für sein Amt erforderliche Vertrauen der Parteien genießen wird". Das ist natürlich eine ganz willkürliche Annahme, die jeder Berechtigung entbehrt, denn niemand wird an den politischen Vorstrafen eines Schiedsmanns Anstoß nehmen. Wie viele Richter aller Art, die bürgerlichen Parteien angehören, müßten ihres Amtes als vertrauensunwürdig enthoben werden, wenn die Ansicht des Oberlandesgerichts Naumburg Allgemeingeltung fände? Diesen Herren geschieht ihrer politischen Vorstrafen wegen nichts. Aber in Magdeburg handelt es sich ja auch um einen Sozialdemokraten!...

Karl Meists Beerdigung. Am Sonnabend wurde Karl Meist unter gewaltiger Beteiligung in dem Kölner Vororte Ehrenfeld zu Grabe getragen. Die, die sich an dem schier endlosen Zuge nicht beteiligten, waren herbeigeeilt, um Zeuge dieser Trauerkundgebung zu sein, wie sie der große Industrieort Köln-Ehrenfeld noch nicht gesehen hat. Weit über zweitausend Genossen und Genossinnen gingen hinter dem Sarge. Etwa siebzig Partei-, Gewerkschafts- und verwandte Vereinigungen hatten Deputationen mit prachtvollen Blumenspenden entsandt. Alle größeren Parteiorte vom Rheinland und Westfalen, besonders auch das Bergische Land, vor allem Meists früherer Wahlkreis, waren vertreten. Als erster legte Genosse Hengsbach im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Reichstagsfraktion, die ferner noch durch Genossen Hué sich vertreten ließen, einen Kranz nieder. Es folgte ein solcher des Hauptvorstandes des Deutschen Holzarbeiterverbandes, der Parteiorganisationen fast aller rheinischen und vieler westfälischen Wahlkreise, der Parteizeitungen des Rheinlandes, zahlreicher Parteiorte und Kölner und auswärtiger Gewerkschaften.

Die Staatsaktion von Tilsit. Die Tilsiter Staatsanwaltschaft hat gegen Genossen Hofer und drei andere Genossen, die sich am 12. Januar an der Wahlrechtsdemonstration in Tilsit beteiligt haben, Anklage wegen Landfriedensbruchs erhoben. Gleichzeitig haben drei Vorstandsmitglieder des sozialdemokratischen Vereins ihre Entlassung aus ihrem bisherigen Arbeitsverhältnis erhalten. Einer derselben gehört mit zu den Angeklagten.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote".

Berlin, den 26. Februar 1908.

109. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Nieberding.

Zunächst wird die zweite Lesung des Justizetats fortgesetzt.

Beim Kapitel „Reichsgericht" kommt

Stadthagen (SD.) auf die Verurteilung Karl Liebknechts zurück. Nach diesem Urteil kann in der Tat jeder, der eine politische Ansicht hat, die dem Reichsgericht mißfällt, mit der Möglichkeit rechnen, wegen Hochverrats verklagt zu werden. Die Rechtssicherheit ist um so mehr gefährdet, weil bei der Berufung der Reichsgerichtsmitglieder politische Erwägungen ausschlaggebend sind. Die Übel, die aus diesem Umstande entspringen, gehen sogar noch über die durchschnittliche Klassenjustiz hinaus und bedrohen Unschuldige mit Verderben. Eben haben wir gelesen, daß der Oberreichsanwalt zum Präsidenten gerade des Senates ernannt worden ist, der über politische Prozesse entscheidet. Es kommt hinzu, daß das Reichsgericht über Hochverrat in erster und zugleich letzter Instanz richtet. — Ein großer Verein von Richtern hat sich gebildet, der offen zugesteht, daß die sogenannten Garantien für die Unabhängigkeit des Richterstandes völlig ungenügend sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Mit Recht fordert der Verein, daß die Beförderungen nicht mehr von der Verwaltung, sondern vom Richterstande selbst vorgenommen werden sollen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Statt immer das Märchen von der Unabhängigkeit der Richter im Munde zu führen, schaffe man wirkliche Garantien der Unabhängigkeit. Daß die politische Unverlässigkeit über die Berufung zum Reichsgericht entscheidet, hat Fürst Bismarck offen zugestanden. — Ich will noch bemerken, daß der Richterverein, von dem ich gesprochen habe, nicht in Preußen existiert, sondern in Österreich. (Aha! bei den Soz.) Ehe nicht mit dem jetzigen System der Beförderung gebrochen wird, existiert die Unabhängigkeit des Richterstandes nur in der Phantasie. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Rest des Justizetats wird debattelos bewilligt.

Es folgen Wahlprüfungen.

Die Wahlen der Abgg. Manz (FV.), Schlüter (Rpt.). Graef-Weimar (Wirt. Vgg.) Wachhorst de Wente (NL.), Schack (Wirt. Vgg.) und Dr. Will (Z.) werden für gültig erklärt.

Über die Wahl des Abg. Enders, (Hospitant der Freis. Vpt.) in Sonneberg (Sachs.-Meiningen) beantragt die Kommissionsmehrheit Beweiserhebung.

Fischer-Berlin (SD.): Die Kommission hat gegenüber der Wahl von Enders eine Stellung eingenommen, die mit ihren früheren Entscheidungen im grellen Widerspruch steht. In den Unterschriften von Bürgermeistern und Schultheißen unter Beifügung ihres Amtstitels unter Wahlaufrufen hat die Kommission im Gegensatz zu ihrer früheren Praxis keine unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung gesehen, auch wenn die Bürgermeister mit Polizeigewalt bekleidet waren. In den in Frage kommenden Ortschaften sind 500 Stimmen abgegeben. Die Mehrheit des Herrn Enders beträgt aber nur 138 Stimmen. Wir beantragen demgemäß Ungültigkeitserklärung der Wahl des Abg. Enders. (Bravo! b. d. Soz.)

v. Oertzen (Rpt.) tritt für den Kommissionsbeschluß ein.

Kopsch (FVpt.): Man muß von Fall zu Fall entscheiden. Bei den Wahlen in Altenburg und Frankfurt a. O. hat die Sozialdemokratie eine andere Stellung eingenommen als jetzt. (Lachen u. Widersp. b. d. Soz.)

Raab (WVg.) tritt für den Kommissionsantrag ein. Das Wahlgeheimnis ist genügend gesichert und die Wähler lassen sich von ein paar Schultheißen nicht beeinflussen.

Fischer (SD.): Die Wahlkuverts und die Wahlklosetts schützen namentlich in kleinen Orten keineswegs so die Wahlfreiheit, wie Herr Raab behauptet. Dafür liegen in der Wahlprüfungskommission Beweise genug vor. Auch der gegenwärtige Reichstag hat bisher den Standpunkt eingenommen, daß die Bürgermeister-Unterschriften eine unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung bedeuten. Herr Kopsch hätte gut getan, sich auf die Wahlen von Frankfurt a. O. und Altenburg nicht zu beziehen. Die sozialdemokratischen Wahlen in diesen beiden Wahlkreisen wurden kassiert, weil gegen die Sozialdemokraten Wahlbeeinflussung getrieben war. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Wahlbeeinflussung an dem zu bestrafen, gegen den sie sich richtete, war eine schamlose Vergewaltigung. (Lebh. Zust. Unruhe rechts.)

Präsident Graf Stolberg schnellt von seinem Sitz empor.

Präsident Graf Stolberg: Sie haben hier einen Beschluß des Hauses als Schamlosigkeit bezeichnet. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich rufe Sie zur Ordnung.

Fischer (fortfahrend): In Frankfurt a. O. hatten sich damals schon die Blockbrüder zusammengefunden. (Unruhe bei den Freis.) Sie, meine Herren Freisinnigen, bleiben nur so lange im Block, als Sie von den Konservativen geduldet werden. (Große Heiterkeit bei den Soziald. und im Zentr.) Dort in Frankfurt hatte der Regierungspräsident eine amtliche Wahlbeeinflussung geübt und wieder wurde die Wahlbeeinflussung bestraft an dem, gegen den sie gerichtet war. (Hört, hört! bei den Soz.) Eben sind erst im Falle Manz die Freisinnigen umgefallen. Den Umfall hat auch die freisinnige „Berliner Volkszeitung" konstatiert. (Zurufe bei den Freis.: Ist kein freisinniges Blatt. Lachen bei den Soziald. und im Zentr.) Was würde wohl der alte Volkszeitungsbernstein zu Herrn Kopsch sagen, wenn er das hörte. (Zuruf bei den Freis.: Ledebour war Redakteur der Volkszeitung.) Ledebour war, als er Volkszeitungsredakteur war, noch kein Sozialdemokrat, so wie z. B. ich in meiner Jugend strammer Zentrumsmann. (Heiterkeit.) Mit der Erklärung, Wahlprüfungen müßten von Fall zu Fall entschieden werden, hat Herr Kopsch offen den Grundsatz der Grundsatzlosigkeit proklamiert. Er hat laut der Äußerung seines Fraktionsgenossen Müller-Meiningen bei einem entsprechenden Fall eine Meinung vertreten, die zu einer tiefen moralischen und politischen Verwirrung führt. (Stürm. Heiterkeit und sehr gut! b. d. Soz. und i. Zentr.) Geistliche können nicht mit Beamten verglichen werden; sie haben das Recht für ihre Partei zu agitieren, wie jeder andere Staatsbürger. Übrigens haben sich die Freisinnigen sehr gern bischöfliche Wahlbeeinflussung zu ihren Gunsten gefallen lassen. (Lebh. Zust. b. d. Soz und i. Zentr.) Sie haben sich beschwert über den Erzbischof Abert, als er Pfarrer Grandinger verbot, für den Liberalismus zu agitieren; sie haben sich nicht beschwert, als der Erzbischof zugunsten der Wahl des Manz ein amtliches Schreiben erließ. Nachher aber hat Herr Müller-Meiningen über geistliche Wahlbeeinflussung gezetert. Das ist freisinnige Grundsatztreue. (Sehr wahr! im Zentr. und b. d. Soz.) — Noch 1906 rief Herr Müller-Meiningen den Nationalliberalen zu: Es ist ein tieftraurige Erscheinung, wenn sich liberale Elemente an einer derartigen Kompromißpolitik beteiligen. (Gr. Hekt. im Zentr. und b. d. Soz.) Eben da rief Herr Müller dem Zentrum zu: Sie sind unbedingte Regierungspartei geworden und konkurrieren mit der Rechten in Regierungsfreundlichkeit. (Erneute Hekt. im Zentr. und b. d. Soz.) Nun, das Zentrum hat immer noch mehr Rückgrat bewiesen, als jetzt der Freisinn. (Stürm. Zust. b. d. Soz.)

Mugdan (FV.): Seit 5 Jahren hat die Sozialdemokratie fortwährend das Zentrum unterstützt. (Lautes Lachen b. d. Soz.) Ohne das Zentrum sänke die Sozialdemokratie in Bedeutungslosigkeit zurück. (Minutenlange Heiterkeit b. d. Soz.) Herrn Ledebour mache ich den Wechsel seiner Überzeugung ebensowenig zum Vorwurf, wie Herrn Gerlach. Gegen den Hohn der Sozialdemokraten über den Blockfreisinn sind wir abgehärtet. (Zuruf b. d. Soz.: Abgebrüht! Stürm. Heiterkeit.) Die Zeiten der sozialdemokratisch-ultramontanen Parlamentsherrschaft sind vorüber. (Stürm. anhaltendes Gelächter b. d. Soz. und im Ztr. — Beifall b. d. Ant., Freis. und sonstigen Blockangehörigen.)

Wellstein (Ztr., Vorsitzender der Wahlprüfungskommission) warnt vor dem Durchbrechen einer dreißigjährigen Praxis. Bisher ist übereinstimmend daran festgehalten worden, daß die politischen Beamten aus der Wahlagitation herausbleiben sollen. Ich beantrage Zurückweisung des Antrages an die Kommission.

v. Dziembowski (Pole) tritt für diesen Antrag ein.

Dr. Heinze (Natl.) wendet sich gegen den Antrag. Man muß nicht zu formalistisch sein. (Sehr gut! rechts. — Lachen b. d. Soz.)

Richard Fischer-Berlin (SD.): An Grundsätzen festzuhalten, erscheint den Nationalliberalen als Formalismus. Die Ausführungen des Abg. Heinze gingen dahin, daß überhaupt jede amtliche Wahlbeeinflussung gestattet sein soll, soweit es sich nicht um direkte Wahlfälschung handelt. Bei den Wahlprüfungen Frankfurt und Altenburg hat auch der Freisinn mit uns gestimmt. — Wenn die Freisinnigen Grundsatzpolitik statt Mandatspolitik trieben, so wären sie längst aus dem Block ausgetreten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aber sie ziehen es vor, von der Gnade der Konservativen und der Gnade Bülows zu leben, wenn sich diese auch manchmal in Fußtritten äußert. (Sehr wahr! b. den Soz.) In 21 Fällen hat der Freisinn für Reichsparteiler, Antisemiten und Konservative gestimmt. (Stürm. Bravo! b. d. Reichsparteilern, Konservativen und Antisemiten. — Abg. Raab winkt den Freisinnigen Glückwünsche zu. — Stürm. Heiterk. b. d. Soz.) Die Freisinnigen und ihr Herr Mugdan kommen und halten uns Vorträge über Grundsätze. Gehört auch der Glaubenswechsel zur Prinzipienfestigkeit, Herr Mugdan? (Sehr gut! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten). Und dann wirft uns Herr Mugdan vor, daß wir mit dem Zentrum zusammengehen. Waren wir es, oder war es der Freisinn mit Herrn Eugen Richter, der durch seinen Verrat an der Zollopposition der Zollpolitik des Zentrums zum Siege verholfen hat. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Gewiß sind wir bisweilen mit dem Zentrum zusammengegangen; der Freisinn aber auch. Und die Periode Windhorst-Richter-Grillenberger war eine Zeit, auf die der Freisinn stolz sein kann. Über seine Blockperiode aber wird er später in tiefster Beschämung schweigen. (Lebh. Zust. b. d. Soz. u. im Zentr.) Herr Mugdan wie Herr Enders sind nur mit konservativer Hilfe gewählt worden. — Auch außer den amtlichen Wahlbeeinflussungen sind bei der Wahl des Enders eine Reihe Ungehörigkeiten vorgekommen, nach Art jener Vorgänge im Wahlkreise Memel, die ein Konservativer als Schweinerei bezeichnet hat. (Stürm. Hekt.) Wir unterstützen den Antrag auf Rückverweisung an die Wahlprüfungskommission. (Bravo! b. d. Soz.)

Raab (WVg.) bezeichnet es als ungehörig, daß der Abg. Fischer den Freisinn mit einem dreckigen Judenbengel verglichen habe. (Beif. bei den Freis.)

v. Oertzen (Rp.) bekämpft den Antrag auf Zurückverweisung. (Beif. beim Block.)

Kopsch (FVp.): Herr Mehring und Herr Ledebour waren Redakteure der „Volkszeitung", als sie schon eingeschriebene Mitglieder der sozialdemokratischen Partei waren. (Rufe bei den Soz.: Unwahr!) Seit Jahren hat die „Volkszeitung" das Ansehen der freisinnigen Partei zu untergraben gesucht. (Sehr wahr! bei den Freis.) Die Sozialdemokraten verhetzen die Jugend und messen mit zweierlei Maß. Herr Fischer beantragte einen Stimmzettel für seinen Parteigenossen Böhle für gültig zu erklären, auf dessen Rückseite das Kosewort „Lump" stand. (Stürm. Heiterk.)

Geyer (SD.): Die Konsequenz des jetzt von den Freisinnigen eingenommenen Standpunktes wird sein, daß zukünftig der ganze amtliche Wahlapparat zugunsten der Blockkandidaten in Tätigkeit gesetzt werden wird. Wir müssen der künftigen Wahlbeeinflussung einen Riegel vorschieben. Nicht um ein einziges Mandat handelt es sich hier, sondern um eine hochwichtige grundsätzliche Frage. Die Praxis der Rechten ist zu verstehen: die reaktionären Parteien haben stets die Wahlbeeinflussung bewilligt und getrieben, aber der Freisinn macht sich aus kläglicher Mandatsretterei einer schmählichen Grundsatzlosigkeit schuldig. (Lebhaftes Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Mugdan (FVpt.) erklärt seinen Glaubenswechsel für Privatsache und behauptet, unter stürmischer Heiterkeit bei den Sozialdemokraten, daß die Sozialdemokratie an dem Zustandekommen des Zolltarifs schuld sei. Jede Agitation ist einem Beamten und einem Geistlichen doch nicht gestattet. (Zuruf bei den Soz.: Nur die zugunsten Freisinniger! — Heiterkeit.)

Der Schlußantrag des Blocks (Bassermann-Normann-Wiemer) läuft ein. (Stürmische Zurufe bei den Sozialdem.: Namentliche Abstimmung! Zur Geschäftsordnung!)

Vizepräsident Kaempf stellt die Unterstützungsfrage zu dem Schlußantrag.

Der Block erhebt sich.

Vizepräsident Kaempf: Die Unterstützung reicht aus. (Erneute stürmische Rufe: Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung!)

Vizepräsident Kaempf läßt über den Schlußantrag abstimmen.

Der Block erhebt sich.

Vizepräsident Kaempf: Die Debatte ist geschlossen. (Stürm. Unruhe b. d. Soz. und im Zentrum.)

Singer (SD.) [zur Geschäftsordnung]: Ich hatte nach der Unterstützungsfrage vor Beginn der Abstimmung über den Schlußantrag das Wort zur Fragestellung erbeten, um namentliche Abstimmung zu beantragen. Ich stelle fest, daß mir das Wort zu Unrecht verweigert worden ist. (Zuruf b. d. Soz.: Echt freisinnig! Und das geschieht unter dem freisinnigen Präsidenten! Aber was ist vom Freisinn anders zu erwarten!)

Vizepräsident Kaempf: Wir waren bereits in der Abstimmung. (Zuruf b. d. Soz.: Unwahr!)

Singer (SD.) Einer der Schriftführer hat den Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß ich das Wort zur Geschäftsordnung erbeten hatte. (Stürm. Hört, hört! b. d. Soz. und im Zentr.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Ledebour (SD.) stellt fest, daß er als Volkszeitungsredakteur nicht Freisinniger, sondern Demokrat war, daß er der sozialdemokratischen Partei aber erst beigetreten ist, nachdem er 1 Jahr aus der Redaktion ausgeschieden war. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Fischer (SD.): Mit dem Stimmzettel für Böhle verhält es sich anders, als Herr Kopsch die Sache dargestellt hat.

In der Abstimmung wird unter Ablehnung des Antrags Weltstein der Kommissionsantrag auf Beweiserhebungen durch die Stimmen des Blocks angenommen.

Die Wahl Abg. Becker-Arnsberg (Z.) wird nach einer Auseinandersetzung der Abgg. Everling (NL.) und Gröber (Z.) über geistliche Wahlbeeinflussung für gültig erklärt.

Nach debatteloser Gültigkeitserklärung der Wahl der Abgg. Labroise (Lothr.), Ortel (NL.), Graf Mielczynski (P.), Prinz Carolath (NL.), v. Byern (K.), Sieg (NL.), Fervers (Z.), Dr. Arning (NL.) vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. (Kleiner Befähigungsnachweis, Gesetz über die Herstellung von Zigarren in der Hausindustrie.)

Schluß 6 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Wegen Untreue im Amt, Wechsel- und Urkundenfälschung in 41 Fällen verurteilte das Schwurgericht in Nordhausen den Gerichtsvollzieher Otto Meinecke aus Groß-Bodungen zu fünf Jahren Gefängnis, fünf Jahren Ehrverlust und erkannte außerdem auf Aberkennung der Rechte zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes auf die Dauer von fünf Jahren.

Von einem Hund, einem Schullehrer und einem salomonischen Urteilsspruch. In Klötze in der Provinz Sachsen existiert ein Konsumverein und dieser Konsumverein, der übrigens nicht dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehört, hält sich einen Hund, der aus dem Warenlager des Vereins die Ratten fernhalten soll. Kürzlich spazierte ein Vorstandsmitglied des Konsumvereins über den Schulplatz in Klötze. Hinterdrein der Hund. Und die Schickung wollte es, daß dem Hund just hier ein Hundedämchen begegnete, mit dem sich der Vereins-Rattenfänger in eine Liebelei einließ. Das sah der Rektor der Schule. Und was er sah, tat seinem tugendhaften Herzen weh. Er denunzierte den Hund der Obrigkeit und die stellte den drei Vorstandsmitgliedern des Konsumvereins wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses Strafverfügungen über je 1,50 Mark zu. Dagegen erhoben die Konsumvereinsvorstände natürlich Einspruch, weil sie der begründeten Ansicht waren, daß sie für die Liebeslust des Vereinsrattenfängers nicht verantwortlich zu machen seien. Doch das Gericht belehrte sie eines andern. Es bestätigte die Strafverfügungen. So geschehen im 20. Jahrhundert im Lande der Dichter und Denker und des Reichspudelhundes Karo.

Aus Nah und Fern.

Über die Verhaftung einer Diebesbande, die zahlreiche Einbrüche in Böhmen begangen und das von ihr Erbeutete in Berlin in Sicherheit gebracht hat, wird aus Reichenberg (Böhmen) berichtet. Die Polizei nahm eine Diebesbande fest, die in letzter Zeit einen Einbruch in das Nordböhmische Gewerbemuseum, einen Kirchenraub, einen Einbruch beim Juwelier Unger in Gablonz und einen Einbruch in das Gablonzer Steueramt ausgeführt und insgesamt über 100 000 Kronen Beute gemacht hatte. Die Beute wurde nach Berlin gebracht, wo auch die zwei noch nicht ermittelten Haupttäter, internationale Einbrecher, wohnen. Hier wurden zwei Teilnehmer namens Hosak und Hoffmann verhaftet. Hiesige Polizisten sind mit einer genauen Personalbeschreibung nach Berlin abgereist.

Amüsements „besserer" Herren. Dem „B. T." meldet man eine Skandalaffäre in Duisburg. Die dortige Kriminalpolizei überraschte in der Sonntagnacht vierzig aus Duisburg, Essen und Bonn stammende Herren besserer Kreise, die regelmäßig nächtlich zusammen kamen. Die Herren sollen sittliche Verfehlungen begangen haben. Teilweise pflegten die Teilnehmer in Damenkleidung aufzutreten. In der fraglichen Nacht herrschte bei den Klängen einer Musikkapelle die fröhlichste Stimmung, als plötzlich alle Ausgänge von Kriminalisten umstellt wurden, bis die Personalien sämtlicher Teilnehmer festgestellt worden waren. Die Affäre dürfte noch weitere Kreise ziehen.

Verhaftung eines Auswandereragenten. In Mörs am Niederrhein wurde ein Ausländer verhaftet, der in einer Kolonie der Zeche „Rheinpreußen" die Arbeiter zur Auswanderung nach Kanada anwerben wollte. Die Unter-

suchung ergab, daß es sich um einen ganzen Geheimbund handelt, der in den Kreisen der Bergarbeiter Propaganda für die Auswanderung nach Kanada betreibt. Anfang Februar ist bereits der erste Transport abgegangen, ein weiter Transport sollte im März folgen. Bei einer vorgenommenen Haussuchung wurden 60 Fahrkarten nach Halifax vorgefunden.

Schwarze Kulturkämpfer. Der „Frankf. Ztg." wird berichtet: Die Strafkammer in Mülhausen verurteilte vier Einwohner von Gommersdorf in Oberelsaß, die im August vorigen Jahres den Bürgermeister und dessen Sohn schwer verletzten, zu Gefängnisstrafen von vier Wochen bis fünf Monaten und zwei Wochen. Die Verurteilten, Anhänger des Zentrums, waren unter wüsten Verwünschungen und Drohungen gegen die Liberalen singend und brüllend durchs Dorf gezogen, wobei der intervenierende Bürgermeister und sein Sohn die Opfer des aufgestachelten Parteifanatismus wurden.

Sittenverbrechen. In Haspe (Westfalen) wurden sieben den „besseren Ständen" angehörende Leute wegen schwerer sittlicher Verfehlungen verhaftet. Es kommt ein junges Mädchen in Betracht, das in das Krankenhaus überführt werden mußte. Dieselben Unholde haben vor zwei Jahren ein gleiches Verbrechen verübt, das zu einem Selbstmordversuch des Opfers führte.

Aus der „Ferienkolonie". Der Karlsruher „Volksfreund" hatte kürzlich mitgeteilt, daß in Müllheim bereits vier Todesfälle in kurzer Zeit beim 2. Bataillon des 142. Infanterieregiments vorgekommen seien, und daß noch zwei Soldaten lungenkrank im Lazarett liegen. Das alles sei auf Übungen bei großer Kälte zurückzuführen. Jetzt wird der „Lörracher Arbeiterzeitung" zu der gleichen Angelegenheit von anderer Seite mitgeteilt, daß bei der 6. Kompagnie des genannten Regiments keine Kohlen zum Heizen der Kasernenstuben ausgeteilt worden seien, und daß bei den Übungen in großer Kälte sich u. a. die Rekruten der genannten Kompagnie am 6. d. M. im offenen Gelände zwischen Müllheim und Zunzingen in den Schnee legen, auf dem Bauche vorwärts kriechen und teilweise auch längere Zeit — bis zu 20 Minuten — liegen mußten. Da die Leute infolge der Übung schweißtriefende Kleider auf dem Leibe hatten, so muß der Aufenthalt im Schnee, wie er hier angegeben ist, natürlich die schlimmsten Folgen haben. Hoffentlich erfolgt eine strenge Untersuchung und eventuell strenge Bestrafung der Schuldigen.

Schwere Stürme sind in den letzten Tagen über England hinweggegangen. Der Sturm hat große Häuser niedergerissen, Dächer von Kirchen und Schulen abgedeckt und viele Bäume entwurzelt. Bei Mersey kenterte ein Schoner, dessen acht Mann starke Besatzung ertrunken sein dürfte. An der Küste sind verschiedene kleine Dampfer in Gefahr geraten; ein kleines Fahrzeug wurde im St. Georgekanal an Land geworfen. Das Feuerschiff von Grimsby ist gesunken, die Mannschaft aber gerettet. Bei Sherneß ist ein Fischerfahrzeug gescheitert, dessen Führer ertrunken ist. Bei Donegal wurde ein Eisenbahnzug aus den Schienen geworfen, ohne daß die Reisenden Schaden erlitten hätten. In Manchester und Liverpool mußte der Straßenbahnverkehr zeitweise eingestellt werden. In mehreren Städten sind einzelne Menschen durch herabstürzende Trümmer erschlagen und viele Leute verletzt worden. — Dem „B. T." wird aus London berichtet: Dächer und Schornsteine, die von den Häusern heruntergerissen wurden, stifteten namentlich in Birmingham großes Unheil an. Etwa ein Dutzend Leute erlitt im Laufe des Nachmittags Verletzungen. In Stockport wurde die Markthalle umgeweht und Teile der Kirche und des Rathauses zerstört. In Belfast und Liverpool ist eine Anzahl von Personen durch fallende Schornsteine verletzt worden. In Leicester wurde eine Frau in den Kanal geweht und nur mit Mühe gerettet. In Limerick standen die Geschäfte still, da die Menschen auf der Straße durch den Sturm mit großer Vehemenz zu Boden geschleudert wurden. In Nordwales sind Eisenbahn- und Telegraphendienst vollständig in Unordnung geraten. In Lincoln, wo ein großes Fußballmatch stattfand, wurde die Haupttribüne teilweise umgeweht. Dreißig Personen, darunter die Trompeter der Kapelle, wurden auf den Boden geschleudert. Nachdem die Verletzten verbunden waren, wurde das Spiel wieder aufgenommen. An hundert anderen Plätzen wurden die beliebten Sonnabendnachmittags-Sportvergnügungen eingestellt. In Manchester wurde eine Frau durch einen Schornsteinfall, in Leeds ein Mann durch eine umgewehte Wand erschlagen. Während des Begräbnisses eines gewissen Jarvis aus Bradford wurden der Leichenwagen und der Sarg in einen Teich geweht und konnten erst nach langer Mühe geborgen werden. In Terrington wurde eine hundert Jahre alte Windmühle umgeweht und der Müller unter den Trümmern tot aufgefunden. Auf der See hatten die Kanalboote entsetzliche Überfahrten zu bestehen. Die meisten Passagiere verschoben angesichts der haushohen Wellen die Reise. Der dreimastige Schoner „Reginald Fischer" schlug um, und acht Mann ertranken. Auf Hoche Westtandboje fand ein Zusammenstoß zwischen „Dashing Wave" und „Brigantine Raymond" statt. Drei von fünf Mann der Besatzung von „Dashing Wave" sind von Schülern der Marineartillerieschule durch Boote gerettet worden. In Sherneß wurde ein Schutenführer vom Pier in die See geweht und ertrank. Bei Grimsby trieb der Sturm einen Fischereidampfer gegen das Humbler Middle Leuchtschiff. Das Leuchtschiff sank. Die Mannschaft wurde durch ein Lotsenboot gerettet. Aus Liverpool wird gemeldet, daß die ankommende „Lucania", obwohl sie im Fluß ist, nicht docken konnte, und daß die „Mauritania" unschlüssig war, ob sie die Ozeanreise antreten sollte. Mit den Orkney-Inseln war der Telegraphendienst geraume Zeit unterbrochen.

Ein Wettstreit im Dunst. Ist da in der Nähe der frumben Bischofsstadt Speyer ein Ort mit dem noch frumberen Namen „Heiligenstein". Dort hat sich ein für Sportfreunde hochwichtiges Ereignis vollzogen, das das schwarze „Rheinische Volksblatt", urbi et orbi, wie folgt verkündet hat:

„Der Rauchklub „Edelweiß" hielt am 17. d. M., abends, ein Preisrauchen mit je einer Zigarre im Lokal zum Löwen von Herrn Ad. Schmitt ab. Preise haben folgende Herren errungen: Matth. Gerbes den 1. Preis mit 160 Minuten, Frz. Benz den 2. mit 122¾ Minuten, Gg. Wamser den 3. mit 115¼ Min., Pet. Schall den 4. mit 110 Minuten."

Die Meisterschaft von der brennenden Zigarre! Fürwahr ein Preis, des Schweißes der Edlen wert. Es muß ein erhebender Moment gewesen sein, als Matthias Gerbes den letzten Zug seiner dahinschwindenden Zigarre abrang. Und erst der bedeutsame Augenblick, als der „Edelweiß" (warum nicht besser „Edelbraun"?) ihm die Palme — oder war es ein Zigarrenstummel — des Sieges überreichte. Beneidenswerte „Woche", für die doch gewiß diese epochalen Augenblicke mittels Knipses im Bilde festgehalten worden sind. 160 (in Worten: einhundertundsechzig) Minuten ist der Langsamkeitsrekord. Jedenfalls läßt sich der Blödsinn der Vereinsspielerei nicht gut höher treiben.

Schöppenstedt, wo bleibt dein Ruhm? So ruft ein „Einsender" in einem Hildesheimer Blatt aus, der folgenden Schwabenstreich erzählt, den sich unlängst der Magistrat in Bockenem erlaubt haben soll. Bei der Ausbesserung des Daches eines alten Wachtturmes mußte dessen Spitze mit dem Turmknopf herabgenommen werden. Man fand in dem Knopf in einem dichtverschlossenen Glasgefäß alte Schriften, alte Münzen u. dergl. m., die man, um sie der Nachwelt zu überliefern, in dies Gefäß gelegt hatte. Daß alte Schriften oft schwer lesbar, und je älter sie sind, nicht ohne weiteres entziffert werden können, sollte billigerweise jedermann wissen. In Bockenem aber legte man so wenig Gewicht auf deren Entzifferung und Erhaltung, daß man sie kurzerhand in — den Ofen wandern und verbrennen ließ.

Schneller gehts nimmer. Von der Entwicklung der Dichtkunst mit Dampfbetrieb legt folgendes Inserat Zeugnis ab, das kürzlich in dem Theaterblatt „Theater-Kurier" erschien:

Hochaktuell! Hochaktuell!
„Der Königsmord in Portugal!"
Sensationsdrama in 4 Akten von E. Dios.
Pietätvoll gehalten. Sicherer Erfolg. Leicht zu besetzen.
Höchst wirkungsvoll.
Material und Aufführungsrecht 10 Mk
Sofort vom Verfasser zu beziehen.

Der Mann, dessen Dichterkraft die Ereignisse so rasend schnell einholt, ist ein Portugiese, der in einem Städtchen im Badischen wohnt. Ob der Mann nicht ein Mitverschworener war und das Sensationsdrama schon — vor dem Attentat fertig hatte!

Die Fremdenlegionäre im Schneesturm. Man schreibt der „Vossischen Zeitung" aus Koburg: Über das traurige Schicksal der 20. Kompagnie des in Ain-Sefra (Algier) garnisonierenden zweiten Regiments der französischen Fremdenlegion, die in einem Schneesturm am 31. Januar d. J. nahezu völlig vernichtet wurde, bringt ein Privatbrief, den ein in der betroffenen Kompagnie dienender Koburger an seine Angehörigen gerichtet hat, nähere Nachricht. Es heißt darin u. a.: „Am 24. Dezember erhielt Hauptmann Cavilliery den Befehl, mit unserer Kompagnie nach dem von Ain-Sefra zwölf Tagesmärsche entfernt liegenden Posten Bergen und von da nach dem 70 Kilometer entfernten Fort Asa zu marschieren. Am 31. Januar, als sich die Kompagnie auf dem Marsche befand, setzte eine mächtige Kälte ein, und ein heftiger Sturm brachte Schnee und Hagel mit. Innerhalb zwei Stunden war von den zum Schutze errichteten Zelten nichts mehr zu sehen, der Sturm hatte sie weggefegt. Um 3 Uhr morgens gab der Hauptmann Befehl zum Weitermarsch. Im meterhohen Schnee marschierte die Kompagnie bei dichtem Hagel 13 Stunden lang, ohne einen Berg oder eine Araberbude zu sehen. Völlig erschöpft und erstarrt, legte sich ein Teil der Mannschaft in den Schnee, ohne wieder aufzustehen. Am anderen Tage waren 28 Mann tot und während des Tages sind noch 9 Mann gestorben. Das Pferd des Hauptmanns brach unter seinem Reiter zusammen. Nur dreizehn Mann, alles Deutsche, legten sich nicht, sondern marschierten weiter und kamen glücklich in Fort Asa an, doch waren fast allen Hände und Ohren erfroren, sodaß sie amputiert werden mußten. Eine Rettungskompagnie machte sich sofort auf den Weg, sie fand 47 Tote und eine Anzahl noch lebend, während 34 Mann vermißt wurden, die wahrscheinlich unter dem Schnee begraben liegen. Dem Hauptmann mußte die linke Hand, dem Leutnant das rechte Bein amputiert werden. Von der 146 Mann starken Kompagnie sind nur drei Mann (der Feldwebel und zwei Soldaten) heil geblieben. Einem tot aufgefundenen Sergeanten haben die Schakale den Kopf abgefressen, einem Soldaten war der Bauch ausgehöhlt. Als die Nachricht von dem Unglück in Ain-Sefra bekannt wurde, entstand eine allgemeine Empörung. Noch nie ist ein derart starker Schneefall hier beobachtet worden.

Der nächtliche Dorfschrecken. Das niederbayerische Dorf Stefanspoisching war die Stätte einer nächtlichen Schreckensszene. Ein Fremder verwüstete den Kirchhof und schoß viele Fensterscheiben ein. Nach einer Münchener Meldung des „Berliner Tageblatts" wurde jetzt als Täter der Taglöhner Johann Wagner aus Standt verhaftet. In der Nacht zum 22. Februar überfiel Wagner noch einen Ökonomen in Endau und gegen Morgen verübte er einen Mordversuch an einer Frau. Wagner ist geistig nicht normal und wurde in einer Irrenanstalt untergebracht.

Achtmalhunderttausend Wanzen! In einem Budapester Blatte stand jüngst zu lesen, ein Herr Daniel Oberunter, Quellgasse Nr. 17, suchte achtmalhunderttausend Wanzen zu kaufen. Er zahle drei Heller das Tausend, aber die Wanzen müssen lebend sein. Das kuriose Inserat veranlaßte einen Berichterstatter des Budapester „Politischen Volksblattes", dem wanzensuchenden Inserenten einen Besuch abzustatten, um ihn zu befragen, wozu er so viele lebende Insekten brauche. Über dieses Interview erzählt der Berichterstatter: Herr Oberunter, ein Mann in besten Jahren, empfing unseren Berichterstatter überaus freundlich, setzte ihm Liqueur und Zigaretten vor und sagte: „Ich bin meiner Lebtage ein rechtschaffener und ehrlicher Mensch gewesen. Aber so, wie ich in allem akkurat und genau bin, verlange ich ein gleiches von jedermann. Ich bin in die Wohnung, die ich derzeit innehabe, im Mai des verflossenen Jahres eingezogen. Ich fand eine Legion Wanzen vor, die ich gering taxiert, auf siebenhundertfünfzig- bis achthunderttausend Köpfe veranschlage. Bis zum November hatte ich die Wanzen glücklich ausgetilgt, die Geschichte kostete ein Heidengeld, unter anderem mußte ich alle Wände abkratzen, die Löcher verstopfen und das Ganze frisch übermalen lassen. Ich verlangte hierfür vom Hausherrn keine Entschädigung. Als mir aber jetzt, am 1. Februar, die Miete um dreißig Prozent gesteigert wurde, erboste ich mich gewaltig und warf dem Hausherrn die gemachten Investitionen vor. Er stutzte, begab sich mit mir in meine Wohnung, und als er hier sah, daß das Muster der Wandbemalung anders sei, als es früher gewesen war, forderte er, daß ich die Patrone wieder abkratzen und durch das frühere Muster ersetzen lasse. Empört hierüber, kündigte ich ihm die Wohnung per Mai ... Auf meine Kündigung antwortete der Hausherr, das sei ihm wurst, aber bei meinem Auszug müsse ich die Wohnung so übergeben, wie ich sie übernommen habe. — Gut dachte ich, das sollst du haben! Ich habe das frühere Wandmuster malen lassen, nachdem alle verstopften Wanzenlöcher sorgsam geöffnet worden waren, und muß nun dafür sorgen, mein trautes Heim ebenso zahlreich bevölkert zu übergeben, wie ich es bezogen habe. Daher suche ich diese drei Viertelmillionen lebender Wanzen ... Entsetzt ob solcher Gewissenhaftigkeit und ein wenig geängstigt durch das düstere Feuer, das in Herr Oberunters Auge glamm, verließ unser Berichterstatter fluchtartig das Haus in der Quellgasse.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 26. Febr. Die Polizei hat aus Versehen vier Einbrecher aus der Untersuchungshaft entlassen, weil ihr ein Gerichtsbeschluß, der die Verlängerung der Untersuchungshaft bestimmen muß, nicht vorlag.

Berlin, 26. Febr. Gestern wurde der Humorist und Rezitator Konrad Feldmann, während er in einem Variete seine Lieder vortrug, wahnsinnig.

Koburg, 26. Febr. In seiner Wohnung erschoß heute früh der 38jährige Töpfermeister Hermann Weiffenbach seine drei jüngsten Kinder im Alter von 4 Jahren, 1½ Jahren und acht Wochen und dann sich selbst. Die Ehefrau hatte auf kurze Zeit das Haus verlassen, während der älteste Knabe zur Schule war. Der Beweggrund zur Tat wird in Nahrungssorgen gesucht. Die beiden jüngsten Kinder gaben kurz nach der Tat noch Lebenszeichen von sich, ihr Zustand ist jedoch hoffnungslos.

Breslau, 26. Febr. Der „Anzeiger" meldet aus Ratibor: Das Schwurgericht verurteilte den 22jährigen Gutsbesitzerssohn und Kaufmann Ernst Beyer aus Sauerwitz, Kreis Leobschütz, der seine Geliebte, die 24jährige Wirtschafterin Anna Ullmann ermordet hatte, zum Tode.

Kassel, 27. Februar. Bei dem Gewitter am Montag hat der Blitz in den Kirchturm zu Obergrenzebach eingeschlagen und die Glocken sowie das Orgelwerk zerstört. Bei Hünfeld hat der Blitz dreimal eingeschlagen und das Schulgebäude zum Teil eingeäschert.

Weiden (Oberpfalz), 27. Februar. In Neumühle sind drei Kinder im Alter von zwei bis vier Jahren, deren Kleider beim Spielen mit Streichhölzern in Brand geraten waren, erstickt.

Köln, 26. Febr. Der seit dem 25. Dezember v. J. spurlos verschwundene Baugewerkschüler Hermann Gatzka ist als Leiche aus dem Rhein gelandet worden. Die Untersuchung ergab, daß der junge Mann einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Ein Ring, das Portemonnaie und andere Wertgegenstände fehlten.

Rotterdam, 27. Februar. Die am Montag in Hoek van Holland angespülte Leiche wurde als die eines holländischen Passagiers der „Berlin", namens Themans aus Enschede, rekognosziert.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise.

Lübeck, 26. Februar.

Weizen, 119—127 Pfd. holl. 190—203 Mk. **Roggen** 116—123 Pfd. holl. 180—192 Mk. **Hafer** nach Qualität 140—155 Mk., hochfein über Notiz. **Gerste,** nach Qualität 160—170 per 1000 Kilo.

Lübecker Marktpreise vom 26. Februar.

Bauern-Butter Pfd. 1,25—1,40 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,55 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 4,05—4,50 Mk., Hühner 2,00—2,70 Mk., Küken Stck. — Mk., Tauben Stück 0,50—0,60 Mk., Gänse Pfd. 80 Pf., Flickgans 2 Mk., Schinken Pfd. 85—95 Mk., Schweinskopf Pfund 45 Pfg., Wurst Pfd. 1,25 Mk., Eier 8 u. 10 Stck. 60 Pfg., Heringe genügend, Dorsche genüg., Süßwasserfische genügend. Karpfen Pfd. 1 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schleie Pfd. 1,40, Brachsen Pfd. —,— Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 — Pf., Aal Pfd. —100 Pf., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend. Blumenkohl, d. Kopf 0,30—0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg. Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk. Aland Pfd. 50—60 Pfg.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 26. Februar.

1. Klasse 234 Drittel zu 129,77 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 24 „ „ 123,75 Mk. „ „

Sternschanz-Viehmarkt

26. Februar.

Der Schweinehandel verlief flau.
Zugeführt wurden 726 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 52—53 Mk., leichte —52 Mk., Sauen 47—52 Mk. und Ferkel 47—51 Mk. pro 100 Pfund.

Nie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

die Arbeiterpresse.

Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksbote" zu agitieren.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, insertere im „Lübecker Volksboten".